Frankfurt

Frankfurt in den Jahren 1945/46

Die Besetzung Frankfurts durch amerikanische Truppen unter General Patton erfolgte am 29.3.1945. Die Amerikaner waren zusammen mit der 1. französischen Armee südlich der Mainlinie in Richtung Frankfurt, Wiesbaden und Mannheim vorgerückt. Unmittelbar nach der Besetzung errichteten die Amerikaner eine Militärregierung unter Colonel Criswell.

Die Bevölkerungszahl war zu diesem Zeitpunkt stark zurückgegangen. Viele Menschen waren während der Luftangriffe aufs Land geflohen oder dem Evakuierungsbefehl von NS-Gauleiter Sprenger kurz vor Kriegsende gefolgt und hatten die Stadt in Richtung Taunus verlassen. Jetzt kamen sie allmählich nach Frankfurt zurück. So lebten von den 553.464 Einwohnern (17.5.1939) Ende 1944 nur noch 297.289 in der Stadt, bei der Besetzung durch die amerikanische Truppen noch ca. 250.000 Menschen. Am 29.10.1946 waren es bereits wieder 424.065.

Der Zerstörungsgrad der Stadt war angesichts der insgesamt 109 alliierten Luftangriffen erheblich. Von 44.559 Gebäuden waren 12.148 völlig zerstört. Insgesamt wurde 44% des Wohnraumes vernichtet. Von den 116 Schulgebäuden waren nur fünf unbeschädigt geblieben, 38 konnten nach Reparaturarbeiten wieder genutzt werden. Die Gegend um die Hauptwache und die Altstadt lag nahezu vollständig in Trümmern. Außer der Wilhelmsbrücke waren kurz vor Einrücken der Amerikaner noch alle Mainbrücken gesprengt worden. Allerdings verkehrte eine Fähre über den Fluß. Der öffentliche Verkehr war völlig zum Erliegen gekommen: Weder Eisen- noch Straßenbahnen fuhren zunächst, der Hauptbahnhof war durch Luftangriffe schwer getroffen. Die ersten Züge fuhren Ende Mai 1945 in Richtung Hanau, Kronberg und Bad Homburg.

Zum Zeitpunkt der Besetzung lag das Wirtschaftsleben in der Stadt am Boden. Bis 1945 war Frankfurt das führende Handels-, Industrie- und Messezentrum des Oberrhein- und Maingebietes gewesen. In der Stadt waren zahlreiche Druckereien sowie v.a. Maschinen- und chemische Industrie, darunter der Stammsitz des IG-Farben-Konzerns, angesiedelt. Nach der Besetzung blieb die Industrieproduktion lange Zeit äußerst gering. Am 27.4. durften die Banken wieder öffnen. Die steigende Arbeitslosigkeit konnte durch Einstellungen bei Bahn und Post sowie durch Notstandsarbeiten (insgesamt etwa 10.000) nur wenig gelindert werden. Die Unternehmerorganisationen, darunter die IHK, reorganisierten sich unmittelbar nach der Besetzung der Stadt.

Der amerikanischen Militärregierung ging es zunächst darum, in Frankfurt möglichst rasch eine unter deutscher Beteiligung arbeitende **Stadtverwaltung** zu installieren. Als Oberbürgermeister ernannten die Amerikaner zunächst Wilhelm Hollbach, bis 1945 Leiter des Frankfurter "Illustrierten Blattes". Gleichzeitig wurde ein Bürgerrat ernannt, dem je ein Vertreter der SPD, KPD, der evangelischen und katholischen Kirche, der Metallgewerkschaft und der IG-Farben angehörte. Dieses Fachgremium wurde jedoch bald wieder aufgelöst und durch einen von den Parteien besetzten Rat unter Vorsitz von Adolf Leweke ersetzt, der mit 28 Mitgliedern am 5.9.1945 seine Arbeit aufnahm. Zuvor war am 4.7. Hollbach wegen seiner journalistischen Tätigkeit während des Dritten Reiches als Oberbürgermeister entlassen und durch den Verwaltungsfachmann Kurt Blaum ersetzt worden.

Schon wenige Tage nach dem amerikanischen Einmarsch aktivierten Funktionäre aus der Zeit vor 1933 die Gewerkschaftsarbeit. Gottlob Binder, vor 1933 Gewerkschaftsfunktionär und von Juni bis Oktober 1945 Leiter des Frankfurter Arbeitsamtes, war der erste, der um die Lizensierung einer Gewerkschaftsorganisation nachsuchte, bis am 12.4. weitere ehemalige

Sekretäre die Gründung beantragten. Bald avancierte der spätere DGB-Vorsitzende Willi Richter, bis 1933 Geschäftsführer des ADGB in Darmstadt, zum unumstrittenen Frankfurter Gewerkschaftsführer, der seinen Führungsanspruch auch gegenüber den zurückkehrenden Emigranten, darunter Anna Beyer, behauptete. Auch die Kommunisten besaßen kaum Einflußmöglichkeiten auf den Gründungsprozeß. Federführend waren Richter und die wiederentstehende SPD. Allerdings verfügten die Amerikaner schon Ende April die Räumung des alten Gewerkschaftshauses, in das die Funktionäre bereits wieder eingezogen waren. Kurz darauf verfaßte Richter das Programm "Grundsätze, Aufbau und Aufgaben" und suchte erneut um die Genehmigung zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft nach. Doch zunächst lizensierten die Amerikaner nur die Industriegewerkschaften, erst im Dezember 1945 wurde auch der Dachverband genehmigt.

Gleichzeitig regte sich in Frankfurt wieder die parteipolitische Arbeit. Bald nach der Besetzung beantragten die Parteien ihre Lizensierung. In der Folge wurde am 12.8.1945 die Frankfurter SPD offiziell wiedergegründet. Zwar hatte sich im Juli ein gemeinsamer Ausschuß von je fünf SPD- und KPD-Vertretern zur Vorbereitung gemeinsamer politischer Aktionen gebildet, aber es wurde rasch deutlich, daß SPD und KPD getrennte organisatorische Wege gingen. Allerdings wurde noch am 3.9. ein Aktionseinheitsabkommen verabschiedet. Erst nach der Wenningser Konferenz der SPD (5./6.10.1945) orientierten sich die Frankfurter Sozialdemokraten endgültig an der antikommunistischen Schumacherlinie.

In der Folgezeit entwickelte sich Frankfurt zum Zentrum der hessischen KPD. Bereits Anfang Mai 1945 trafen sich zehn aus der Schweizer Emigration zurückkehrende Kommunisten und begannen mit dem Aufbau der Parteiorganisation. Am 12.8. beantragten sie die Zulassung der KPD. Das Aktionsprogramm der Frankfurter KPD, am 12.8. bei der amerikanischen Militärregierung eingereicht und am 17.9. veröffentlicht, war inhaltlich mit dem Aufruf des Berliner ZK der KPD vom 11.6.1945 identisch. Am 3./4.11.1945 fand die erste Landeskonferenz der hessischen KPD in Frankfurt statt.

Neben Köln und Berlin war Frankfurt auch ein Zentrum der entstehenden CDU. Schon vor 1933 galt die Stadt als Metropole des linken Zentrumsflügels. Ende April 1945 begründeten der Publizist Walter Dirks und die Pfarrer Herr und Eckert den Ausschuß der "Katholischen Volksarbeit". Dirks, dezidiert sozialistisch orientiert, wollte eine Einheitspartei vom Zentrum bis zur KPD errichten, was SPD- und KPD-Vertreter jedoch ablehnten. Nach dem Scheitern der Bemühungen Dirks' wurden die Frankfurter Leitsätze der CDP mit dem Ziel entwickelt, die alte Zentrumspartei um ein protestantisches Element zu erweitern. Die CDP beantragte am 15.9. ihre Zulassung und wählte Jakob Husch zum 1. Vorsitzenden.

Orientierte sich die Frankfurter CDP zunächst an Vorstellungen eines christlichen Sozialismus, war die Frankfurter LDP-Gründung gerade eine Reaktion auf das sozialistische Programm der Christdemokraten: Besonders die Behandlung der Eigentumsfrage erregte bei den Liberalen Anstoß, und so traten sie vehement für den Schutz von Privateigentum ein. Im September 1945 etablierte sich die LDP als letzte der größeren Parteien.

Den Parteigründungen voraus ging die Arbeit der Antifaausschüsse: Unmittelbar nach der Besetzung Frankfurts durch die Amerikaner bildeten sich insgesamt acht Antifagruppen in den Stadtteilen, die sich entweder "Kampfbund gegen den Faschismus", "Freie Gewerkschaft" oder "Antifaschistischer Ausschuß" nannten. Dazu kamen verstreute Gruppen hauptsächlich in Arbeitervierteln. Die Antifagruppen arbeiteten bis zu ihrer Auflösung durch die amerikanische Militärregierung im Spätsommer 1945.

Bereits wenige Wochen nach dem amerikanischen Einmarsch gab es in Frankfurt wieder eine Zeitung: Am 21.4.1945 erschien die erste Ausgabe der "Frankfurter Presse. Alliiertes Nachrichtenblatt der amerikanischen 12. Heeresgruppe für die deutsche Zivilbevölkerung". Die Verhandlungen zur Genehmigung einer von Deutschen gemachten Zeitung, der "Frank-

furter Rundschau", begannen im Mai 1945. Auf amerikanischer Seite verhandelte eine politisch linksstehende Gruppe der Information Control Division um Cedric Belfrage. Anfangs war die seit dem 1.8.1945 erscheinende "Frankfurter Rundschau" ein Organ der Frankfurter Antifa.

Am 29.5.1946 fanden in der amerikanischen Zone Kommunalwahlen statt. Die Ergebnisse in Frankfurt im Vergleich zu den Reichstagswahlen im Jahre 1932:

	31.7.1932	6.11.1932	29.5.1946
SPD	25,9%	23,0%	39,3%
CDU	-	-	33,6%
KPD	13,6%	18,0%	11,6%
DStP	0,7%	1,4%	•
Wirtschafts-	0,5%	0,3%	-
partei			
Zentrum	13,8%	11,8%	-
DVP	2,3%	5,3%	•
DNVP	2,6%	3,8%	-
LDP	-	-	11,3%
NSDAP	24,5%	20,4%	-

Berichterstatterin aus Frankfurt war Anna Beyer, die Mitte 1945 aus England über Frankreich und die Schweiz nach Frankfurt zurückgekehrt war. Sie beteiligte sich fortan maßgeblich am gewerkschaftlichen Aufbau wie auch an der SPD-Parteiarbeit in Frankfurt.

Bibliographie:

Blaum, Kurt; Jordan, Paul: Wiederaufbau zerstörter Städte. Trümmerbeseitigung, Trümmerverwertung in Frankfurt am Main. Frankfurt o.J.

Borsdorf, Ulrich; Brandt, Peter; Niethammer, Lutz (Hg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal 1976, S.415-450

Borsdorf, Ulrich; Niethammer, Lutz (Hg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Wuppertal 1976; darin: Die Antifaschistische Organisation in Frankfurt-Riederwald (22.4.1945), S.83-89, sowie: Antifaschistische Organisationen und Tendenzen im Frankfurter Raum (18.6.1945), S.90-97

Dauer, Hans; Maury, Karl: Frankfurt baut in die Zukunft. Frankfurt 1953

Demokratischer Kulturbund Frankfurt, VVN-Bund der Antifaschisten Frankfurt (Hg.): Das andere Frankfurt. Führer durch das demokratische und antifaschistische Frankfurt am Main. Frankfurt 1981

Fisch, Gerhard; Krause, Fritz: SPD und KPD 1945/46. Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien dargestellt an Beispielen aus Südhessen. Frankfurt 1978

Hartenian, Lawrence Raymond: Propaganda and the control of information in occupied Germany: the US- information control division at Radio Frankfurt 1945-1949. New Brunswick, New Jersey 1984

Heimerich, Hermann: Die kommunale Entwicklung seit 1945. Frankfurt 1950

IHK Frankfurt (Hg.): Weitere 50 Jahre Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main. Bearb. von Erich Achterberg. Frankfurt 1960

Kolb, Walter: Tätige Stadt Frankfurt. Frankfurt 1949

Kramer, Waldemar: Frankfurter Chronik. Frankfurt 1964

Lorei, Madlen; Kirn, Richard: Frankfurt und die drei wilden Jahre. Ein Bericht. Frankfurt 1962

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (Hg.): Frankfurt am Main baut auf. Frankfurt 1947

Mausbach-Bromberger, Barbara: Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933-1945

Neuland, Fritz; Werner-Cordt, Albrecht (Hg.): Die junge Garde. Arbeiterjugendbewegung in Frankfurt am Main 1904-1945. Gießen 1980

Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt (Hg.): Wie Frankfurt im Luftkrieg zerstört wurde. Frankfurt 1982

Quantz, Paul: 50 Jahre Riederwald. o.O. u. J. (Frankfurt 1960)

Schmid, Armin: Frankfurt im Feuersturm. Die Geschichte der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt 1965

Schneider, Dieter: Zwischen Römer und Revolution 1869-1969. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Frankfurt am Main. Hg. vom SPD-Unterbezirk Frankfurt. Frankfurt 1969

Anna Beyer aus Frankfurt, 12.6.1945

ISK Box 57 maschinenschriftlich

Für mich ist das Warten nun zu Ende. Nach einer langen Reise bin ich dort hingekommen, wo ich hinwollte. Manches habe ich so wieder vorgefunden, wie es vor acht Jahren war. Doch der Gesamteindruck ist sehr traurig, was Menschen und Verhältnisse angeht. Viele haben alles verloren, was sie hatten. Viele Freunde sind irgendwo, man hat keine Ahnung wo, und weiß auch nicht, wie es ihnen geht. Alle Verbindungen sind unterbrochen. Langsam, sehr langsam wird der Neuaufbau vorangehen. Später mehr davon. Heute sind die Eindrücke noch zu frisch, und es sind so viele, daß ich erst einmal daran gehen muß, sie ein wenig zu ordnen.

... Sonst geht es mir soweit gut. Wieder ganz von vorne anzufangen, ist nicht ganz leicht, besonders dann nicht, wenn die Menschen, von denen man weiß, man kann zusammenarbeiten, sich gegenseitig helfen und ergänzen, weit weg sind. So habe ich die doppelte Aufgabe, mich auf die neue Arbeit und die neuen Menschen zu konzentrieren, die daran beteiligt sind. Bis jetzt bin ich noch guten Mutes, daß ich es schaffen werde.

Anna Beyer, Eindrücke von Frankfurt, Juni 1945

ISK Box 57

maschinenschriftlich

Liebe Freunde.

von Frankfurt ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die Innenstadt ist so gut wie ganz zerstört. Alle Brücken sind gesprengt. Zwei von den Amerikanern errichtete Notbrücken verbin-

den die Stadt mit Sachsenhausen. Einige der äußeren Stadtteile wie z.B. Eckenheim, Eschersheim, Heddernheim, Preungesheim sind noch gut bewohnbar. In den letzten Wochen vor der Besetzung ist die Bevölkerung kaum aus den Bunkern herausgekommen. Die Bunker sind fest gebaut und konnten sogar einen Volltreffer aushalten, ohne einzustürzen. Daß die Stadt so sehr ausgebrannt ist, liegt zum Teil an der sturen Organisation der Feuerwehr. Ich habe von verschiedenen Leuten in Frankfurt und Offenbach gehört, daß die Feuerwehr löschbereit zugesehen hat, wie ganze Häuserreihen abbrannten. Sie griff nicht ein, weil sie keinen Löschbefehl hatte. Löschbefehle gab es nur für Fabriken, Parteihäuser, öffentliche Gebäude usw. Die Wohnungsnot ist groß. Viele wohnen noch in den Kellern der ausgebombten Häuser. Die älteren Leute machen einen müden, traurigen Eindruck, die jüngeren sehen gleichgültig und stumpf aus. Fast in jeder Familie gibt es einen Toten. Im Krieg gefallen oder von den Nazis umgebracht.

Die Straßen sind vollgestopft mit Rückwanderern und Soldaten. Man sieht traurige Gestalten unter ihnen. Alte Leute und Krüppel, die ihre letzten Reste irgendwohin schleppen. Wer noch gesund ist und tragen kann, ist vollgepackt mit Rucksäcken und Bündeln in allen Farben und Formen. Soldaten, die zu Hause weder ihre Familie noch eine Bleibe finden, die alles verloren haben, wandern kreuz und quer durch Deutschland.

In den ersten Tagen des Zusammenbruchs wurde sehr viel geplündert. Läden, Kasernen, Lagerräume und Eisenbahnzüge wurden ausgeräumt. An den Plünderungen haben sich nicht nur die ausländischen Arbeiter beteiligt. Es war sicher ein ebenso großer Teil der deutschen Bevölkerung daran beteiligt gewesen. Ich hörte von zuverlässigen Bekannten, daß die Leute fünf Zentner Mehl, drei Zentner Zucker, einen Zentner Butter, Konserven, Fleisch, halbe Schweine nach Hause geschleppt haben. Einer hatte eine Kiste nach Hause geschleppt. Als er sie aufmachte, war er sehr enttäuscht. Es waren nur Gemüsekonserven. Eine Frau erzählte mir von einer Familie, die u.a. 50 Wäschegarnituren mitgehen ließ. Daß man sich mit Zigaretten und Rauchwaren versehen hat, hält fast jeder für selbstverständlich; selbst Leute von der Antifa. Nur in einem Fall hat ein Händler Butter und Käse an seine Kunden verkauft. In Hallgarten wurde ein Rauchwarenlager ausgeräumt und an die Bevölkerung verteilt. Es war so viel, daß jeder Einwohner des Ortes Rauchwaren für ein ganzes Jahr bekommen hat.

Das Gespräch, ganz gleich, wo und wer es ist, dreht sich um das Essen. Welche Zuteilung gibt es diese Woche? Wo und was kann man hamstern? Erst an zweiter und dritter Stelle kommen die Soldaten. In diesem großen Chaos weiß keiner etwas Bestimmtes von seinen Angehörigen und wartet nun jeden Tag auf eine Nachricht oder auf die Rückkehr der Männer. Die zurückkommenden Soldaten werden als Auskunftsstellen benutzt. Oft können sie gar nicht schnell genug auf alle Fragen antworten und kommen dadurch natürlich auch nicht weiter. Die Soldaten kommen oft sehr zerlumpt und ausgehungert hier an. In den Kriegsgefangenenlagern, z.B. bei Kreuznach und Koblenz, sind die Verhältnisse sehr schlecht. Sie haben sehr wenig zu essen, keine Baracken, bei jedem Wetter liegen sie im Freien. Es soll dort 20-60 Tote pro Tag geben. Die Amerikaner sind jetzt dabei, die Leute zu Tausenden zu entlassen. Bevorzugt werden landwirtschaftliche Arbeiter. Die Aufnahme der Personalien erfolgt bei der Entlassung. So kommt es, daß Nazis und KZ-Leute wochenlang zusammensein mußten. Ich meine frühere KZ-Leute, die man sehr oft in den letzten zwei Kriegsjahren in die Wehrmacht gesteckt hat.

Die Ernährung ist unzureichend. Das Anstehen in den Lebensmittelgeschäften ist zur Gewohnheit geworden. Die Leute stehen auch an, wenn sie es nicht nötig haben. Viele jammern sehr, doch wenn man etwas nachhilft, haben sie immer noch einige Vorräte, mit denen sie die Rationen ergänzen können. Wirklich schlecht geht es den Alten und Kranken, die nicht zu den Bauern aufs Land gehen können, um sich Gemüse, Obst, Fett usw. zu holen.

Die Rationen in Frankfurt sind:

1 kg Brot per Woche
75 g Butter
125 g Fleisch
2 1/2 kg Kartoffeln
1/8 Ltr Magermilch pro Tag
2 Eier pro Monat
250 g Nährmittel
250 g Käse
250 g Zucker (Zuteilung war unregelmäßig)
50 g Kaffeersatz, seit die Amerikaner da sind.

Zu diesen Rationen gibt es manchmal Sonderzuteilungen von Brot, Butter oder Margarine. Obst und Gemüse sind sehr knapp.

Man hört sehr oft von Rückwanderern, daß auf dem Land noch genug Kartoffeln, Obst, Mehl, Milchprodukte vorhanden sind. Es fehlt an Transportmitteln, um die Sachen in die Stadt zu bringen. Ebenso wird der Transport durch die zerstörten Brücken erschwert.

Die ausländischen Arbeiter wurden von ihren Lagern in Wohnungen oder Schulen untergebracht und müssen nicht mehr arbeiten. In den ersten Tagen haben sie in einer Siedlung die Möbel aus den Fenstern geworfen und ein Freudenfeuer daraus gemacht. Durch die Plünderungen sind sie mit Lebensmitteln gut versorgt. An manchen Stellen werden sie geradezu eine Gefahr für die Bevölkerung. Sie überfallen die Leute und nehmen ihnen alle Wertsachen ab. Einer Bekannten, die acht Jahre Zuchthaus hinter sich hat, haben sie Fahrrad, Handtasche und Uhr abgenommen. Schon manchmal mußte ein Radfahrer im Unterzeug nach Hause laufen. Das Unwesen ist so groß, daß man einige, besonders Polen, wieder in Lager gebracht hat. Viele, denen man in der Stadt begegnet, sehen ordentlich angezogen und sauber aus. Ich hörte auch, daß während der Nazizeit viele Fremdarbeiter, Franzosen, Belgier, Holländer, Polen und Russen, sich gut mit ihren deutschen Kollegen verstanden haben und ihnen halfen, wo sie nur konnten.

Propaganda

Nach Gesprächen mit Leuten auf der Straße, Hausfrauen, Soldaten und Arbeitern, habe ich den Eindruck, daß viele nicht wissen, welche Scheußlichkeiten in diesem Krieg passiert sind. Auch wenn jemand von der Existenz der Konzentrationslager wußte, solche Scheußlichkeiten, wie wir sie jetzt kennen, hat doch keiner darin vermutet. Ein Soldat sagte mir, als ich ihm von den Grausamkeiten in Frankreich erzählte, solche Grausamkeiten können niemals von Deutschen begangen worden sein. Es ist eine Lüge. - Eine Frau auf dem Wohnungsamt jammerte, daß durch den Zuzug der Leute aus Theresienstadt die Wohnungsnot noch größer würde. Auf meine Frage, ob sie wüßten, was in Theresienstadt war, hatte keiner der Wartenden eine Ahnung.

Die Radioberichte der Alliierten machen nicht genug Eindruck. Oftmals wird es für Propaganda gehalten und nicht geglaubt. Man sollte einen KZler selber sprechen lassen. Ebenso sollte man den Film über Buchenwald zeigen.

Interessant für die Stimmung ist auch, daß viele noch bis zum Schluß an den Sieg der Deutschen geglaubt haben. Nur mit Widerwillen haben viele Soldaten die Waffen niedergelegt. Die Nazipropaganda wirkt noch: Es wird noch zu einer Auseinandersetzung zwischen den Alliierten und den Russen kommen. Es fragt sich dann nur, auf welcher Seite man steht.

Die Nazis

Keiner will heute Nazi gewesen sein. Wenn man nicht leugnen kann, daß man Pg war, hat man viele Entschuldigungen. Zu großer Druck von oben, Familienrücksichten, Unwissenheit, Dummheit usw.

Als die Nazis merkten, daß sie ausgespielt hatten, stellten sie Lastwagen bereit, um sich bei einem Fliegeralarm, als alle Leute im Keller oder Bunker waren, mit ihren Familien aus dem Staub zu machen. Dadurch sind auch jetzt noch viele Nazigrößen unterwegs. Oft halten sie sich noch auf dem Land versteckt. Der Gestapoleiter von Offenbach¹ wurde jetzt bei einer Papierkontrolle auf dem Weg vom Land nach Offenbach erwischt und verhaftet. Die Verfolgung der Nazis kommt nur langsam voran. Viele von denen, die in den ersten Tagen verhaftet wurden, sind jetzt wieder freigelassen. Sie nehmen das als Beweis ihrer Unschuld und kommen auch damit durch. Auf diese Weise kommen sie wieder in ihre Wohnungen und Gärten, aus denen sie in den ersten Tagen hinausgeworfen wurden. Die Amerikaner sind sehr zurückhaltend. Das Privateigentum darf nicht angerührt werden. Eine Flasche Wein oder ein Mädchen, man sieht ihr ja nicht an, daß sie Nazirike ist, hilft oft, Wohnung oder Garten wiederzubekommen.

Die Auskämmung der Nazis in der Verwaltung und bei der Eisenbahn geht nur langsam. Oft fehlen die Ersatzkräfte. Pgs in leitender Stellung lassen sich zurückversetzen und bleiben im Betrieb als Arbeiter. Bei der Straßenbahn (Arbeiter und Angestellte) arbeiten von etwa 625 Nazis noch 100. Das ist gegenüber anderen Betrieben ein gutes Verhältnis.

Oft hört man die Meinung selbst auch von Linken, nicht jeder Pg ist ein Nazi und nicht jeder Nazi war Pg. Oft sind die Nicht-Pgs die schlimmeren Nazis. Wo soll man da die Grenze ziehen, fragen sie?

Auch sonst lebt die Nazipropaganda noch. Viele merken gar nicht, wie sie für sie arbeiten. So z.B. durch Verbreiten von Flüsterparolen. Einige habe ich mindestens zehnmal am Tag in verschiedenen Teilen Frankfurts gehört. In den Dörfern erzählt man, es habe in Frankfurt an den Litfaßsäulen gestanden:

Es gibt eine 25jährige Besetzung Deutschlands.

Es gibt fünf Jahre Heiratsverbot.

Es gibt ein Alkoholverbot für drei Jahre.

Es gibt ein Rauchverbot für zwei Jahre.

Es werden keine Soldaten aus dem russisch besetzten Gebiet zurückkommen. Ebenso können keine Soldaten nach dem von den Russen besetzten Gebiet zurückgehen.

Die Amerikaner nehmen uns unser letztes Essen.

Man fragt sich: Und wo ist die Gegenpropaganda?

Die Antifa (Antifaschistische Aktionsausschüsse)

In den ersten Tagen des Zusammenbruches hatten sich in den verschiedenen Teilen Frankfurts Gruppen von Antifaschisten zusammengetan. Darin führend waren SP und KP-Genossen. In manchen Stadtteilen waren sie bis zu 50 Mann stark. Zur Aktion gekommen sind hauptsächlich Eschersheim-Heddernheim und Riederwald. Die Gruppen verhafteten Nazis, warfen sie aus ihren Wohnungen und setzten ausgebombte Familien hinein. Sie nahmen den

Dienststellenleiter der Gestapoaußenstelle Offenbach war seit 1940 der am 3.6.1897 in Mainz geborene Hans Felten. Er war bekannt als der "Schrecken von Offenbach". Nach 1945 wurde er für zwei Jahre in Ludwigsburg interniert. Als Belasteter eingestuft, wurde er im Juli 1948 zu zwei Jahren Arbeitslager, Einziehung des Vermögens und zehnjährigem Berufsverbot verurteilt. Wegen der zweijährigen Internierung galt die Haftstrafe als verbüßt. Felten lebte nach 1945 in Berlin-Zehlendorf. Schriftliche Auskunft des StA Offenbach, 21.12.1990.

Nazis die Kleingärten weg und gaben sie an Bedürftige. Sie stellten Nazi-Arbeitskolonnen auf. Die vom Bahnhofsviertel bewachten das Gewerkschaftshaus, um es vor Zerstörung zu schützen. Aber auch, um es vor den zurückkehrenden Bonzen zu bewahren. In den ersten Tagen konnten Gewerkschaftsfunktionäre das Gewerkschaftshaus nur mit ihrer Erlaubnis betreten. Dieser Gruppe gelang es auch, als schon alle Banken geschlossen waren, bei der Arbeiterbank ein Konto zu bekommen, von dem aus sie ihre Leute bezahlten. Sie wollten auch die Neugründer der Gewerkschaften sein. Wurden aber nicht anerkannt.

Die Antifa wurde dann sehr schnell von der Militärbehörde verboten. Es sollen zweifelhafte Elemente unerlaubterweise mit gefälschtem Ausweis Sachen beschlagnahmt haben. Eine Reihe der führenden Mitglieder wurde verhaftet.

Die Gewerkschaften

Mit einer Liste von 20 Gewerkschaftern, meistens bezahlte Funktionäre von früher, stellten sich die Kollegen Richter und Schäfer bei den Amerikanern vor. Es wurde ihnen erlaubt, in einem Haus des früheren Baugewerksbundes² ihre Zentrale zu errichten. Von da begann die Organisation der Betriebsvertrauensleute. Es wurden Fragebogen an die früheren Funktionäre der Betriebe gegeben. Die Kollegen haben diese Bogen ausgefüllt und auch Listen über die zu entfernenden Nazis beigelegt. Es sind z.B. in der Metallindustrie in 43 Betrieben Betriebsvertretungen. Die Gemeindearbeiter (Straßenbahn, Wasser, Elektrizität, Krankenhäuser usw.) sind auch schon gut organisiert. Ebenso die Eisenbahner.

Ich habe an einer Sitzung der Gemeindearbeiter teilgenommen. Es waren über 40 Vertreter der Betriebe anwesend. Die meisten waren ältere Kollegen, die vor 1933 schon alte Gewerkschafter waren.

Ihre Hauptprobleme sind:

Wie kann man die Reinigung der Betriebe von den Nazis voranbringen?

Wie können wir unsere Anerkennung durchsetzen, damit wir bei Entlassungen, Einstellungen, Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen mitzubestimmen haben?

Bei der Diskussion über die Kriegsschuld wurde eine Kollektivschuld abgelehnt. - Viele Kollegen sind mit den in London gemachten Vorschlägen³ einverstanden. Sie sind auch für eine Einheitsgewerkschaft. Im Augenblick sind es aber die Kollegen der Freien Gewerkschaften, die an der Arbeit sind. Mit den Christlichen besteht ein guter Kontakt. Die Organisation geschieht im Augenblick nach Berufen. Hier einige Beispiele, wieviel Arbeiter in den Betrieben sind. Viele Betriebe produzieren noch nicht, sie machen Aufräumungsarbeiten.

(Mai - Juni 1945)		
Alfred Teves	108 Arbeiter	97 Angestellte
(Werk Fechenh. u. Bonames)	161	118
Adler Werke (Heinrich Kleyer)	648	250
Opel (Haus Frankfurt)	94	54
Claus Meyer, Glasdachfabrik	60	15
Hartmann & Braun	500	175

Der Baugewerksbund war bis 1933 die Gewerkschaft der Bauarbeiter in Deutschland. Er wurde 1923 gegründet und ging auf den Deutschen Bauarbeiterverband zurück (gebildet 1910 aus dem Zentralverband der Maurer bzw. der Bauhilfsarbeiter). Eine umfangreiche Zusammenfassung über Dokumente zur Geschichte des Baugewerksbundes bei Bärhausen, Baugewerkschaften, S. 36-43.

Gemeint sind die Vorschläge der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien zur Errichtung einer Einheitsgewerkschaft nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes. Vgl. hierzu u.a. Röder, Exilgruppen; Borsdorf, Dokument, S. 677ff. u. Jacobi-Bettien, Metallgewerkschaft, S. 79-84.

Hartmann & Braun hatte während des Zusammenbruches 4016 Arbeiter. Fries & Sohn 350 80

Von der DAF ist noch Vermögen da, das von den Amerikanern beschlagnahmt worden ist. Alle Gewerkschaftsarbeit wird noch ehrenamtlich getan. Doch soll jetzt Geld zur Verfügung gestellt werden. Die Verbindung mit den Amerikanern ist sehr unbefriedigend. Während der paar Wochen der Besetzung hat der Verbindungsmann von den Amerikanern zu den Gewerkschaften schon viermal gewechselt. Durch diese unstabile Beziehung hängt die Arbeit noch sehr in der Luft, und Entscheidungen werden hinausgezögert. Mit einer Anerkennung der Gewerkschaften kann wohl in den nächsten Monaten noch nicht gerechnet werden.

Die Stimmung unter den Kollegen ist nicht sehr hoffnungsvoll. Die alten Kollegen haben schon sowieso nicht mehr viel Kraft. Die Jungen stehen abseits und warten, bis etwas von oben geschieht. Es scheint, als ob sie mit ihrer Freiheit nicht recht etwas anzufangen wissen. Viele sind auch noch zu sehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt.

Die Maßnahmen der Amerikaner

Viele Deutsche scheinen schon vergessen zu haben, daß wir sechs Jahre Krieg hinter uns haben. Die glauben, die Amerikaner müßten ihnen so schnell wie möglich alles wiedergeben, was sie durch den Krieg verloren haben, und alles in Ordnung bringen, was durch den Krieg und die Zerstörungen bis jetzt noch nicht klappt. Ernährung, Transport, Wohnungen usw. Sie möchten am liebsten die Amerikaner für all das Durcheinander verantwortlich machen.

In den ersten Tagen haben die Soldaten den Plünderern sehr geholfen. Sie sind es gewesen, die die Türen mit den Gewehrkolben aufgestoßen haben. Auch sie selber haben Fahrräder, Fotoapparate usw. an sich genommen.

Großen Unwillen hat die Beschlagnahmung von Wohnungen für das Militär hervorgerufen. Die Leute wurden dabei mit einer Frist von nur wenigen Stunden auf die Straße gesetzt, ohne daß man ihnen eine andere Unterkunft angewiesen hätte. Die Soldaten erlaubten ihnen nur, das Notwendigste mitzunehmen. Es wurde bei dieser Maßnahme kein Unterschied gemacht, ob sie Nazis waren oder nicht. Später luden die Soldaten Möbel, Haushaltsgegenstände usw. auf und warfen es auf die Schuttabladeplätze oder in Bombenlöcher. In Heddernheim wurden die Sachen dann verbrannt. Die Familie Gehm hat auf diese Weise fast all ihre Sachen verloren, die sie aus den Trümmern ihrer ausgebombten Wohnung gerettet hatte.

Viele Antifaschisten und Linke haben erwartet, daß für sie die Amerikaner als Befreier kommen. Sie haben auch sofort ihre Mitarbeit angeboten. Mancher hat aber dabei die traurige Erfahrung machen müssen, daß man ihn kalt und ablehnend behandelt hat.

In der Verwaltung werden Katholiken bevorzugt. Der Polizeipräsident ist ein Katholik.⁴ Der Bürgermeister Hollbach ist ein ehemaliger Redakteur der "Frankfurter Zeitung", dann war er Schriftleiter des "Illustrierten Blattes".

Die Linken haben kürzlich einen Wiederaufbau-Ausschuß⁵ gebildet. In ihm sind die SP, die KP und das Zentrum vertreten. Er wird nur beratende Funktion haben, wenn er anerkannt wird.

Gemeint ist der Frankfurter Polizeipräsident Ferdinand Mührdel.

Gemeint ist der Ausschuß der Antifaschistischen Organisation (AFO), der sich aus vier Sozialdemokraten, vier Kommunisten und einem Zentrumsmann, der offenbar keine wichtige Rolle spielte, zusammensetzte. Später bestand das paritätisch zusammengesetzte Führungsgremium aus ca. 13 KPD- und SPD-Leuten. Dazu kam ein größerer Kreis von Sympathisanten. Aktivitäten waren u.a. Arbeitseinsätze von Nationalsozialisten in den Trümmern und Organisation von Wohnungen und Lebensmitteln. Vgl. hierzu Arbeiterinitiative 1945, S. 422-428.

Politisch gibt es einen Aktionsausschuß der Union⁶. In der Union befinden sich in der Hauptsache SP-Genossen. Sie bekennen sich zu dem in London ausgearbeiteten Programm der Union⁷. Der Leiter ist der Genosse Knothe (SP und früher Bezirksleiter der SAJ, Wetzlar). Seine Hauptaufgabe sieht er im Augenblick in der Herausgabe einer Zeitung.

Anna Beyer aus Frankfurt an Willi Eichler, 1.8.1945

ISK Box 59 maschinenschriftlich mit handschriftlichen Passagen

Lieber Willi,

wie es in Frankfurt aussieht, habe ich Dir schon vor einiger Zeit erzählt.⁸ Ich hoffe, Du hast den Brief bekommen. So hoffe ich auch, von Dir in einiger Zeit einmal etwas zu hören. Schlimm ist das Gefühl noch immer so sehr, von aller Welt abgeschnitten zu sein. Gibt es schon keine Post, so sind auch sonst die Nachrichten sehr spärlich. Am Radio kann ich nur Frankfurt hören, und die Zeitung verrät nicht viel. (Siehe beiliegend.) Die Bekannten von anderen Städten kommen, hinterlassen einen Zettel, daß sie dagewesen sind und hauen wieder ab. Unsere gemeinsamen Freunde von drüben, die mich öfter besuchen wollten, lassen sich auch nicht sehen. Da sie eigene Reisemöglichkeiten haben, sollte es für sie leichter sein zu reisen. Auch von Hanna [Bertholet] habe ich schon seit Mitte Juni nichts mehr gehört. Ich hoffe, sie ist gesund.

Nun einiges über meine Arbeit. Ich wurde hier mit etwas Mißtrauen aufgenommen, nicht nur, weil ich von draußen kam und viele erst kennenlernen mußte, sondern auch, weil man so etwas wie Konkurrenz witterte. Dazu kam, daß 14 Tage vorher Hermann [Salomon] und Paul [Kronberger] hier ankamen, die nicht ihre richtigen Personalien und auch nicht ihre richtige Geschichte erzählen konnten. Eine Sache, die ihnen die Freunde von drüben eingebrockt haben. Bei meinem ersten Besuch im Gewerkschaftsbüro kam ich dazu, als sie eine heftige Auseinandersetzung mit Schäffer und Richter, der Leitung der Gewerkschaft, hatten. Es ging dabei um ihre Einordnung in die Arbeit und um ihre Anerkennung als Vertreter des IGB. Die Kollegen wollten, daß sie sich einordnen und daß sie alle Berichte zu Gesicht bekommen. Als Vertreter des IGB könnten sie uns nicht anerkennen, dazu wäre ein Ausweis nötig. - Mir versicherte Schäffer später, daß ich völlig legitimiert sei und als Mitglied willkommen. Es war gut, daß ich in Gegenwart von Schäffer alte Bekannte begrüßen konnte.

Eine meiner Arbeiten besteht nun darin, Betriebsobleute in den Betrieben zu besuchen, die Betriebsvertretung mit neuen Kollegen, z.B. Technikern, zu erweitern. Diese Kollegen dann zu einer Besprechung einzuladen und mit ihnen ihre Probleme zu besprechen. An solchen Sitzungen, die mit allen Betriebsvertretungen gemacht werden, nehmen etwa 25-35 Kollegen teil und finden sehr häufig statt. Ich kann nicht genau sagen, wieviele es insgesamt sein werden, aber es sind gewiß einige Hundert. Im Augenblick wird hauptsächlich in diesen Diskussionen die Betriebsreinigung diskutiert. Du kannst Dir denken, daß es dabei viele

Die "Union der Sozialisten" wurde Ende Mai 1945 von Wilhelm Knothe ins Leben gerufen. Ziel war die Errichtung einer politischen Einheitsfront von SPD, ISK und SAP. Trotz enger Zusammenarbeit mit der KPD wollte die Union ein Gegengewicht zu kommunistischen Aktivitäten liefern. Vgl. Antifaschistische Organisationen und Tendenzen im Frankfurter Raum 18.6.1945; in: Borsdorf, Befreiung, S. 95.

Vgl. hierzu oben S. 53

⁸ Vgl. den Bericht von Anna Beyer an Willi Eichler im Juni 1945, hier abgedruckt S. 374

Schwierigkeiten gibt. Bei einigen Metallfirmen, wie z.B. Voigt & Häffner, hat der Betriebsrat sehr gut gearbeitet und durch sein gründliches und genaues Vorarbeiten schon eine ganze Anzahl Nazis aus dem Betrieb herausgebracht, während in der Bauindustrie, z.B. Wayß & Freytag und Holzmann AG, immer noch sehr viele Nazis beschäftigt sind und der Betriebsrat auch nicht die Courage hat, energisch etwas dagegen zu unternehmen. - Der andere Diskussionspunkt, der immer wiederkehrt, ist der, welches sind die Richtlinien, und wann kommen sie? Sie alle möchten etwas zur Rückenstärkung haben, um sich bei der Belegschaft und bei ihren Chefs durchzusetzen. Da die Gewerkschaften bis jetzt nicht erlaubt sind, weigert sich die Leitung, irgendwelche Richtlinien herauszugeben. Damit komme ich zu den Funktionären. Bis vor einigen Wochen hatte noch keine gemeinsame Sitzung der Funktionäre stattgefunden, in der der Aufbau oder sonst irgendwelche Richtlinien besprochen worden wären. In der Diskussion mit einem Kollegen habe ich solche Besprechungen angeregt, sie finden jetzt auch wöchentlich statt, und alle (30-35), die daran teilnehmen, sind erfreut über diese Einrichtung. In dieser Woche habe ich über unsere Arbeit und die der Internationale berichtet. In diesen Besprechungen werden auch die Fragen des Aufbaus usw. besprochen. Ich hoffe, daß wir auf die Dauer nicht nur mit unserem Material aus England zu arbeiten haben, sondern auch bald zu örtlichen Richtlinien kommen werden. - Der Verkehr mit den Betriebsräten oder auch, weil das Wort "Räte" zu anstößig erscheint, auch Betriebsvertretungen, ist also bis jetzt nur ein persönlicher. Eine Ausnahme machen die Eisenbahner, Bei ihnen arbeiten die Christlichen sehr aktiv mit. Sie fühlen sich auch als eine geschlossene Gewerkschaft. Da sie eigene Druckmöglichkeiten haben, geben sie ein Mitteilungsblatt für ihre Funktionäre heraus. (Siehe Anlage)9.

Auch diese Kollegen sind grundsätzlich für eine Einheitsgewerkschaft. Es wird jedoch oft kritisiert, und ich glaube mit Recht, daß als Vertreter der Gewerkschaft bei den Amerikanern nur zwei Freie Gewerkschafter auftreten. Diese beiden, Schäffer und Richter, betonen ihrerseits immer wieder, sie seien die Treuhänder und müßten es bleiben, bis die Gewerkschaften erlaubt seien und gewählt werden dürfte. Ich habe den Eindruck, Schäffer und Richter arbeiten noch etwas zu sehr nach der Methode von vor 1933. Sie sind sehr darauf bedacht, keine Konkurrenz aufkommen zu lassen. Ich glaube, im Augenblick besteht die Gefahr einer Konkurrenz nicht so sehr. Erst dann, wenn sie viele Kollegen, z.B. die Christlichen, verärgert haben und sie anfangen, wieder ihre eigene Gewerkschaft aufzumachen. (Nach dem Zusammenbruch sollen 36 Anträge auf Neuerrichtung der Gewerkschaften eingegangen sein.) Die Christlichen und auch die Kommunisten haben sich auf eine Einheitsgewerkschaft festgelegt.

Die Gewerkschaftsarbeit wird noch immer ehrenamtlich gemacht und gespeist von einem Fond freiwilliger Spenden. Nur die Eisenbahner und auch die Post haben eine Aufbauspende gemacht. Bei den Eisenbahnern sollte jeder M 1.- zahlen. (Die Bahn hat etwa 6000 Beschäftigte.)¹⁰

Ich schrieb Dir schon, die Sozialistische Union¹¹ ist hier an Stelle der alten SP getreten. Kurz nach dem Zusammenbruch war es Kettel gelungen, das Londoner Unionsprogramm¹² drucken zu lassen. Dadurch wurde es das erste Material und von vielen mit Freude aufge-

⁹ Vgl. die Abschrift der "Mitteilungen für die Personalvertretungen der Reichsbahn, Direktionsbezirk Frankfurt a.M." (undatiert), ISK Box 64.

Handschriftlicher Zusatz: "Der Name Freier Deutscher Gewerkschaftsbund darf nicht mehr benutzt werden."

Vgl. hierzu oben S. 380

¹² Vgl. hierzu oben S. 53

nommen. Leider konnte das Sofortprogramm nicht in die Tat umgesetzt werden. Es war keine gute Organisation da, nur die Antifa, über die schrieb ich schon früher¹³, und die Amerikaner waren schneller da, als bis es gelungen wäre, eine gut funktionierende Arbeit auf die Beine zu bringen.

Knothe hat die Leitung der Union hier in die Hand genommen und sehr fleißig gearbeitet. Ein Aktionsausschuß, der Knothe zur Seite steht (sieben Mann), scheint mir ein rechtes Schattendasein zu führen. Knothe sagt so gern, hier hab ich zu sagen! - Seine Freunde im Ausland scheinen ihn nicht sehr zu interessieren. Allerdings soll er zu Hermann gesagt haben, er hätte den Auftrag gegeben, daß Walter Löb nach Frankfurt zurückgebracht werden soll, um Bürgermeister zu werden. Aus diesem Plan wurde nichts, weil angeblich der englische Offizier, der ihn holen sollte, ihn nicht gefunden hat.

So sind die Frankfurter! Im Augenblick ist eine lebhafte Diskussion im Gange, ob man die Union nicht in Sozialistische Partei umtaufen solle. Das ist nicht nur eine Äußerlichkeit. Hier ist nämlich ein MdR, Dr. Schumann¹⁴, aufgetaucht. Nach einem Bericht von Rauschenplat soll er lange in Stuttgart vor 1933 gearbeitet haben. Unter den Nazis war er acht Jahre eingesperrt und hat danach in Hannover gelebt und soll dort wie auch in Stuttgart sehr beliebt sein. Schumann reist nun im Land herum, um die SP zu organisieren. Zu diesem Zweck hat er sich von einigen Orten das Mandat geben lassen, als Reichsleitung auftreten zu dürfen. Schumann war auch in Frankfurt, und Knothe soll begeistert von ihm gewesen sein. Einwände seiner engen Mitarbeiter, daß der Mann nicht bekannt sei, hat er abgewehrt. Er kommt doch von der Leitung.

In der Stadt oder vielmehr in den Außenbezirken der Stadt organisieren sich die früheren Genossen langsam wieder. Sie kommen in kleinen Gruppen zusammen. Interessieren tun vor allem praktische Fragen, manchmal sehr primitiv, stellen sie sich vor, schon wieder in ihren früheren Bezirken Agitation machen zu können, wie man das in der Weimarer Zeit gewohnt war. Politisch wollen sie alle etwas Neues. Wie das Neue aussehen soll, wissen sie nicht, aber die alte SP darf es nicht sein. Leider ist das Unionsprogramm nur sehr wenig bekannt. Es wäre ein neues Sofortprogramm, bei dem die neuen Verhältnisse berücksichtigt sind, sehr, sehr nötig. Der Dir vielleicht bekanntgewordene Programmentwurf aus Neu-Isenburg stammt von bürgerlich-nationalistisch großgewordenen Leuten, kann also nicht als Gedankengut der sozialistisch gebliebenen Bewegung angesehen werden.

Ab 1. August kommt eine von Deutschen gemachte Zeitung heraus.¹⁵ Von den sieben Redakteuren¹⁶ sind drei SP, drei KP und einer Zentrumsmann. (Siehe Anlage¹⁷) Man verspricht sich von der Zeitung nicht, daß man alles sagen kann, was man möchte, hofft aber doch, einiges zur Information und zur Beeinflussung sagen zu können.

Ebenso singt der Gesangverein wieder. Auch die Freien Turner nehmen ihre Arbeit wieder auf. - Am 29.7. fand eine Totenfeier für die im KZ und im Zuchthaus gestorbenen Genossen statt. Die Teilnahme erfolgte auf besondere Einladung. An der Feier nahmen etwa 250 Menschen teil. Wilhelm Knothe und Oskar Müller (KP) haben gesprochen. Die Musik war sehr gut ausgesucht. Die Feier machte einen würdigen Eindruck.

Die Kommunisten arbeiten auch wieder auf ihre Art. Aus der Schweiz haben sie zwei Leute hier: Hans Wolf und Walter Fisch. Ihre Verbindung geht wohl von Stuttgart nach Frankreich. Örtlich hatten sie ihre ersten Ansätze in der Antifa, später dann in den Dreieraus-

¹³ Vgl. hierzu Anna Beyer an Willi Eichler im Juni 1945, hier abgedruckt S. 374

¹⁴ Handschriftl. korrigiert: "Schumacher".

¹⁵ Gemeint ist die Frankfurter Rundschau.

Gemeint sind offenbar die sieben Lizenzträger: Wilhelm Knothe, Hans Etzkorn und Paul Rodemann (alle SPD), Emil Carlebach, Arno Rudert und Otto Grossmann (alle KPD) sowie Wilhelmkarl Gerst (Zentrum).

schüssen¹⁸, die als Berater der Polizei arbeiteten. Jetzt sind auch diese Ausschüsse aufgelöst. Heute versuchen sie, sich auch in den Außenbezirken in kleinen Gruppen zu organisieren. Politisch war man sich in der Schuldfrage noch nicht ganz einig. Doch scheint es mir, daß sie sich langsam nach der Londoner Linie hin ausrichten.¹⁹ Politisch arbeiten sie mit der Parole, wenn erst einmal die Russen in Frankfurt sein werden, dann wird es viel besser sein. Gewerkschaftlich wollen sie in der Einheitsgewerkschaft arbeiten und politisch so eng als möglich mit den Sozialisten. Die Kommunisten haben viel Material im Umlauf. In einer Fabrik sah ich eine gedruckte Broschüre über die ersten Kriegsverbrecherprozesse. Dann verteilen sie eine Zeitung "Die Einheitsgewerkschaft". Herausgegeben von den Deutschen Gewerkschaftern in Frankreich. Ebenso haben sie einen programmatischen Aufruf an das deutsche Volk von Berlin im Umlauf.²⁰

Auch die Katholiken versuchen, mit den evangelischen Überresten zu einer Einigung zu kommen. Ich sprach mit einem christlichen Gewerkschafter, der mir erzählte, sie arbeiten in Fachausschüssen, Wirtschaft, Kultur usw, um zu einem gemeinsamen Programm zu kommen. Die ersten Vorschläge für ein neues Programm der christlichen Konzentration liegen schon vor. Das nächste Mal werde ich Dir mehr davon berichten.

Außer diesen schon politisch Festgelegten gibt es die große Zahl der Abwartenden. Und oft hört man die Meinung, ich gehe niemals mehr in eine Partei.

Nun etwas über die Arbeit in der Stadt selber. Der Leiter des Arbeitsamtes ist ein früherer SP-Genosse. ²¹ Im Laufe der Wochen sind einige andere seiner Freunde mit in die Arbeit hineingekommen. Doch befinden sich an führender Stelle immer noch Nazis. Dies macht es den Genossen schwer, erstens mit der Säuberung im Arbeitsamt durchzugreifen und zweitens Nazis zu unangenehmen Arbeiten heranzuholen oder ihre Entlassung aus einem Betrieb zu verlangen. Über den Arbeitseinsatz sind jetzt die ersten amtlichen Verordnungen herausgekommen. (Siehe Anlage²²) Es ist z.B. vorgekommen, daß die Nazis (Facharbeiter) aus einem Betrieb entlassen wurden, ein anderer, Nazibetrieb, hat sie wieder eingestellt, ohne daß durch das Arbeitsamt bis jetzt etwas unternommen wurde.

Die Freunde, die in der Polizei tätig sind, beklagen sich sehr, daß sie große Schwierigkeiten bei der Festsetzung der Nazis haben. Die Amerikaner haben dabei ihre eigene Methode. Oft entlassen sie Nazis wieder, die einen Tag vorher von ihren deutschen Kollegen festgesetzt wurden, ohne ihnen Mitteilung von der Wiederentlassung zu machen. Daß viele Gestapoleute noch frei herumlaufen, ist sicher bekannt. Und die festsitzen, behaupten natürlich, ganz harmlos zu sein. Außerdem wurde darüber geklagt, daß es so wenig Reisemöglichkeiten gebe, um nach flüchtigen Nazis zu suchen. ²³

Nun noch kurz von unseren Freunden hier einiges. Seppel Kudrnowski ist noch der alte Friedensfreund und bemüht sich sehr zu helfen und bemüht sich auch, die Friedensgesell-

Die Dreier- oder Vierergruppen standen an der Spitze des jeweiligen Antifaausschusses. Sie leiteten die örtlichen Aktivitäten, besonders die Verhaftung und Auslieferung von Nationalsozialisten. Die Gruppen waren um paritätische Besetzung (SPD, KPD, Zentrum) bemüht, meist aber waren Kommunisten in der Mehrheit. Die Sozialdemokraten kamen hauptsächlich vom linken Parteiflügel. Vgl. Arbeiterinitiative 1945, S. 432f.

Zum Schuldverständnis der Frankfurter Antifagruppen vgl. Borsdorf, Befreiung, S. 93f. Zur Londoner Linie vgl. Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, Die Gewerkschaften im neuen Deutschland. Verfaßt Ende Juni 1943 in London. Für einen Abdruck vgl. Hessische Gewerkschafter im Widerstand, S. 252-258.

Zum Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945 vgl. oben S. 190

²¹ Gemeint ist Heinrich Sauer.

Konnte nicht ermittelt werden.

²³ Der folgende Schluß des Berichts wurde handschriftlich verfaßt.

schaft²⁴ wieder aufzubauen. Er glaubt, damit einige Aussicht auf Erfolg zu haben. Egon Alfhart hat sich beim Einmarsch der Amerikaner gestellt. Seitdem haben wir nichts mehr von ihm gehört. Er kam wahrscheinlich in ein Gefangenenlager. Mit Heini Meyer habe ich gute Verbindung. Mit seiner Verbindung werden wir einen Wagen bekommen, um etwas mehr Bewegungsfreiheit zu haben. Einige unserer jüngeren Freunde sind noch sehr mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigt. Ich habe den Eindruck, als müßten sie erst langsam wieder in die politische Arbeit hineinwachsen. Es sind aber auch einige Freunde da, mit denen eine engere Arbeit wohl möglich wäre. Ich vergaß noch Erich Wettig. Bis jetzt habe ich ihn einmal gesehen. Er ist auch sehr mit sich und seiner Familie beschäftigt. Er möchte wohl nicht jetzt wieder politische Arbeit machen. Lissy Alfahrt wie auch Egon hatten sich sehr zurückgezogen und haben Knigge abgewiesen, obwohl er sich sehr gut ausgewiesen hatte. Lissy bedauert das heute, nachdem sie weiß, wieviel sie uns damit hätten helfen können.

Für die Arbeit hier wäre es sehr gut, wenn noch jemand nach hier kommen könnte.

Erich Schuchardts Schwester habe ich besucht. Sie freuen sich schon, wenn Erich zurückkommt.

Dies für heute mit sehr herzlichen Grüßen an Dich und alle unsere Freunde

Anna

Anna Beyer aus Frankfurt, 13.8.1945

ISK Box 59 maschinenschriftlich

Gründungssitzung der SPD-Frankfurt a.M.

Am Sonntag, den 12. August vormittags, fand im Zimmerweg 12 die Gründungsversammlung der SP statt.²⁵ Es waren ungefähr 50-60 Genossen anwesend, die nach Distrikten ausgesucht waren. Alles frühere Genossen. Unter ihnen waren viele ältere. Ich fand auch unter den Jüngeren einige Bekannte von früher. Die Stimmung war abwartend, nicht begeistert.

Auf der Tagesordnung stand:

Ein politisches Referat von Knothe.

Aufbau der Organisation von Apel.

Bericht und Aussprache über die Arbeiterwohlfahrt.

Knothes Referat befaßte sich hauptsächlich mit der Schuldfrage und mit der Zusammenarbeit mit den Kommunisten.

Wir Sozialdemokraten lehnen eine Kollektivschuld ab. Wir vertreten die geschichtliche Weltschuld. Dazu führte Knothe aus: Die Weltmächte haben die Nazis so lange gewähren lassen, bis sie zu einer Gefahr für sie geworden waren. Hätten sich die Nazis nicht zu viel erlaubt, würde man sie bis heute noch an der Macht gelassen haben. Das Ausland hätte sofort erkennen müssen, daß die Nazidiktatur Krieg bedeutete. An vielen Beispielen, der Artikel von Willi Eichler, "Am Ende des Naziregimes", hat Knothe sehr wahrscheinlich als Grundlage gedient, belegte Knothe die große Schuld der Großmächte. Diese Beweisführung war

²⁴ Vgl. hierzu oben S. 42

²⁵ Zur Gründungssitzung der Frankfurter SPD am 12.8.1945 vgl. auch Mühlhausen, Hessen, S. 76.

sehr einseitig. Von den Fehlern und der Schuld der Deutschen und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik wurde so gut wie nichts gesagt.

Die Kommunisten haben immer ihre Propaganda gegen Versailles gerichtet, und der kommende Friedensvertrag wird noch viel härter als der Versailler. Die Kommunisten berufen sich auf Rußland. Die Politik der Russen ist im Augenblick Imperialismus. Die Annexionen im Osten Deutschlands, die Verschleppung von Menschen und Material haben nichts mehr mit einer sozialistischen Politik zu tun. Trotzdem wir in manchen politischen Fragen nicht mit den Kommunisten einer Meinung sind, müssen wir mit ihnen arbeiten. Diese Zusammenarbeit sei auch möglich, wenn man Gelegenheit hätte, sich frei auszusprechen und Kritik zu üben. Für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten seien allerdings die Richtlinien "Strategie und Taktik nach dem siebten Weltkongreß" nicht gerade vertrauenserweckend. 26 Die Kommunisten geben darin an, daß man bisher nicht den richtigen Ton mit den alten SP-Leuten gefunden hätte. Man müsse sie von unten zersetzen, indem man sie für eine gemeinsame Antifaschistische Front gewänne. Die SP-Leute übernehmen jetzt Verantwortungen, wenn sie abgewirtschaftet haben, dann werden wir so weit sein, sie zu ersetzen. Knothe meinte, die KP wolle in die politische Entwicklung einsteigen und die SP als Krücken benutzen. Sie selber vergleichen es mit einem Wagen der SP, zu dem sie den besseren Treibstoff vom Osten her liefern.

Knothe wehrte sich energisch gegen eine solche Politik. Zusammenarbeiten könne man nur mit einem ehrlichen Partner. Aber trotz des gewissen Mißtrauens müßte man zusammenarbeiten. Man solle auch Kommunisten in verantwortliche Stellungen hineinbringen, damit sie merken, was es heißt, Verantwortung zu übernehmen.

Entscheidend für die Zusammenarbeit mit der KP wie überhaupt für die zukünftige Arbeit sei das Vertrauen in unsere Auffassung vom demokratischen Sozialismus. Diesen demokratischen Sozialismus hat er nicht näher erklärt. Nur einige Ausdrücke ließen etwas erkennen: "Es gilt, den göttlichen sozialistischen Funken auszulösen. Hinaus mit fliegenden roten Standarten in den Kampf." Durch den wir Deutschland in seiner Entwicklung den Sozialismus aufzeigen. Wenn es dann so geworden sein wird, wird Deutschland das auch unserer Hilfe zu verdanken haben. Die Geschichte wird es uns einmal danken.

Dies und noch mehr wurde mit viel Pathos vorgetragen. Es zeigt, daß diese Genossen noch keine konkreten Vorstellungen vom Wiederaufbau der Partei haben.

Zur Organisation. Der organisatorische Apparat muß größer werden als vor 1933. Wir hatten vor, die Partei "Sozialistische Union"²⁷ zu nennen. Aber warum eigentlich? Wir brauchen uns des alten Namens nicht zu schämen. Die Sozialdemokratische Partei hat doch für die gesamte Arbeiterschaft unendlich vieles geleistet. Ausgehend von der Bezirkspartei, die der Reichsführung (Schumacher) untersteht, teilt sich die Partei in Distrikte oder Ortsgruppen. Im Bezirk soll es schon 10.000 Mitglieder geben. Die Organisation soll im Aufbau der NSDAP sehr ähnlich sein. Ortsgruppen, Block- und Straßenvertrauensleute. Zur Mitgliedschaft wird ein Fragebogen ausgefüllt, eine doppelte Karteikarte abgelegt. Eintrittsgeld beträgt 2.-, Monatsbeitrag 1.- pro Monat, Erwerbslose -.50.

Für den Bezirk sind schon Flugblätter in Vorbereitung, Auflage 100.000. Apel meinte, es wird niemals mehr ein zweites Jahr 1933 geben. Wir haben aus dem Vergangenen gelernt.

²⁷ Vgl. hierzu oben S. 380

Gemeint ist der VII. Kongreß der Komintern im Juli 1935, der die Einheitsfront- und Volksfrontpolitik proklamierte. Die Richtlinien "Strategie und Taktik nach dem siebten Weltkongreß" waren ein "vertrauliches Rundschreiben an die KPD-Funktionäre" und wurden in Mannheim herausgegeben. In dem Rundschreiben wurden Fehler in der Vergangenheit eingeräumt, aus denen nun zu lernen sei. Es wurde eine "einheitliche Aktion" von Arbeitern, Jugendlichen und Bürgerlichen gefordert, um ein demokratisches Deutschland zu errichten. Vgl. hierzu Schwarze, Region, S. 146.

Die Arbeit besteht in der Herausfindung der Nazis. Der Besetzung der lokalen Ämter. Es sollen Sprechstunden für die Genossen eingerichtet werden, in denen sie ihre Vorschläge, Wünsche und Beschwerden vorbringen können.

Eine völlige Sauberkeit innerhalb der Partei ist unbedingt notwendig. Jeder Funktionär und jeder, der ein Amt bekleider, muß es als Sozialist tun. Alle, die ein Amt bekleiden, müssen wissen, daß sie es der SP zu verdanken haben.

Der Bericht über die Wohlfahrtsarbeit war sehr schlecht. Vorläufig sind nur Vorbereitungsarbeiten zugelassen. Die Vorschläge gehen dahin, eine Massenorganisation ähnlich wie die NSV aufzuziehen. Diese soll dann alle Fragen der Unterstützung und Betreuung übernehmen. Der Zentralausschuß für die Arbeiterwohlfahrt besteht aus fünf Kommunisten und fünf Sozialdemokraten. Die Geschäftsführung soll ein junger SP-Genosse hauptamtlich machen. ²⁸

Die Diskussion brachte weder Klärung noch einen wesentlichen Punkt. Ich hatte den Eindruck, die meisten wollten erst einmal hören, was es gibt.

Nach der Sitzung sprach ich mit zwei maßgebenden Genossen über die Einheitspartei. Der eine war selber sehr erstaunt, daß es nun wieder SP hieß. Der andere meinte, die Bezirksleitung hätte es unbedingt so haben wollen. Außerdem nähme es sich etwas merkwürdig aus, wenn im ganzen Reiche wieder die SP gegründet würde und ausgerechnet Frankfurt eine Ausnahme machen wolle. Auf den Namen käme es doch gar nicht so sehr an. Sie seien selbstverständlich sehr bereit, mit allen zusammenzuarbeiten. Sie wären nach wie vor noch für eine Einheitspartei.

Frankfurt a.M., den 13. August 1945 Anna

Anna Beyer aus Frankfurt an Hanna Bertholet, 29.8. und 8.9.1945

ISK Box 59 maschinenschriftlich

Liebe Hanna,

ich schicke Dir eine Adressenliste für die Pakete, von denen René [Bertholet] sprach.²⁹ Ebenso einige Namen von Kindern für die Walkemühle³⁰. Es wäre schön, wenn die Helferinnen bald kommen könnten. Ich fürchte sonst, die Behörden werden auf die Idee kommen, die Mühle für etwas anderes zu verwenden.

²⁸ 1945 wurden vor der Zulassung von Organisationen durch die Amerikaner Vorbereitungsausschüsse gebildet. In diesem Fall handelte es sich um den Vorbereitungsausschuß zur Gründung der Arbeiterwohlfahrt in Frankfurt. Der erste Geschäftsführer war Otto Lichtinger, der zu dieser Zeit der SPD angehörte und 1947 in die KPD wechselte. 2. Geschäftsführer war Martin Kirsch, der 1945 KPD-Mitglied war und später in die SPD ging. Die Delegiertenversammlung am 10.2.1946 hob die paritätische Besetzung auf und legte fest, daß bei der Gründung der AWO in den Ortsvereinen der einzelnen Stadtteile die Vorstände mit sechs Sozialdemokraten und zwei Kommunisten zu besetzen waren. Schriftliche Auskunft von Anna Beyer vom 29.4.1991.

²⁹ Konnte nicht ermittelt werden.

³⁰ Vgl. hierzu oben S. 69

In der Wohlfahrtsarbeit gibt es nicht viel Neues zu berichten. Die Arbeiterwohlfahrt wird im Augenblick organisiert. Es soll eine Massenorganisation werden ähnlich wie die NSV. Die Betreuung soll eine vielseitige sein. Sprechstunden, Sammlungen, Kinderbetreuung, Krankenhilfe usw. Bis jetzt ist man erst bei der Organisierung der Distrikte. Von dort aus soll dann die Arbeit gemacht werden. Geleitet wird sie von einem Geschäftsführer und einem zehnköpfigen Ausschuß, der aus fünf SP- und fünf KP-Genossen besteht. In diesem Ausschuß sprach vor einiger Zeit ein Mann namens Bauer vom Internationalen Roten Kreuz aus Genf über die Umgestaltung oder Reformierung des Roten Kreuzes. Weißt Du etwas mehr über ihn und über die Pläne, das Rote Kreuz umzuorganisieren? Nach dem, was ich hörte, hat er noch keine konkreten Vorschläge gemacht.

Vor einiger Zeit besuchte ich eine Kriminalrätin im hiesigen Polizeipräsidium, Frau Wüst, während der Unterhaltung stellte sich heraus, daß sie Quäkerin ist und hier die Hilfsarbeit der Quäker mit leiten wird. Sie kennt übrigens auch Grete Hermanns Bruder Dr. Carl Hermann. Frau Wüst hatte gerade Besuch von einer Freundin aus Amerika, die gute Verbindung zu Eisenhower hat und gerade nach Berlin gefahren war, um die Hilfsarbeit für Deutschland zu besprechen. Es würde mich interessieren, ob Erna Blencke oder Eva [Lewinski] die amerikanische Freundin kennt. Frau Wüst sprach nämlich davon, daß sich die Amerikaner ihre eigenen Leute für die Arbeit mitbringen würden. Vielleicht haben dadurch unsere Freunde drüben eine Möglichkeit, mit herüber zu kommen, wenn es so weit sein sollte. Im Augenblick sieht Frau Wüst die Möglichkeiten für Hilfsarbeit von ihrer Seite aus als ziemlich trübe an. Sie meint, solange wir nicht Milch, Fett und Kakao vom Ausland hereinkriegten, hätte es gar keinen Zweck, mit einer Hilfsarbeit anzufangen. Sie selber wollen auch keine Hilfsarbeit großen Stils anfangen, dazu haben sie nicht genügend Kräfte. Zur Verfügung haben sie mehrere Plätze, die als Erholungsheime für eine kleine Anzahl von Personen eingerichtet werden könnten, etwa zehn Personen an drei Plätzen. Für eine Schulkinderspeisung und auch für die Arbeiterwohlfahrt würden sie ihre Lebensmittel zur Verfügung stellen. Doch glaubt sie nicht, daß viel hereingelassen wird.

Beim Fürsorgeamt und beim Jugendamt habe ich mich mit verschiedenen Beamten unterhalten. Waisenkinder oder Halbwaisen, die vom Jugendamt betreut werden müssen, gibt es nur etwa 70, und die sind in einem sehr schönen Heim untergebracht. Das ist erstaunlich für eine so große Stadt wie Frankfurt. Auf der Betreuungsstelle für zurückkehrende KZ-Leute, bei der fast nur KP-Genossen sitzen, wurde mir gesagt, daß sie keine Kinder wissen. Für die Erwachsenen bestätigten sie mir, daß man sehr aufpassen müsse, die richtigen politischen Leute zu finden. Oft laufen KZler, die Kriminelle sind, mit dem roten Dreieck herum und geben sich als politisch aus. Oft sind die Politischen nur Leute, die einmal eine dumme Bemerkung gemacht haben und dafür eingesperrt wurden. Auf dem Fürsorgeamt selber sind sie nicht immer ganz sicher, wen sie vor sich haben.

Die zurückkommenden politischen und jüdischen KZler beklagen sich sehr über die mangelhafte Betreuung. Auf die Bezugsscheine bekommen sie oft nichts. Manche von ihnen sind so schlecht bekleidet, daß sie kaum auf die Straße gehen können. Viele sind noch immer in Massenquartieren untergebracht. Auch die jüdische Wohlfahrt scheint ihrer Aufgabe nicht gewachsen zu sein.

Meine Aufgabe sehe ich bis jetzt noch darin, die nötigen Vorbereitungsarbeiten für etwaige Hilfsaktionen des Arbeiterhilfswerkes zu machen und bei der Arbeiterwohlfahrt zu helfen, wenn es um die Vorbereitung einer Aktion geht.

Die Gewerkschaften sind jetzt so weit, daß Wahlen für die Betriebsvertretungen stattfinden dürfen. Für die Wahl müssen 25% der Belegschaft ihre schriftliche Zustimmung geben,

³¹ Vgl. hierzu oben S. 386

daß sie eine Betriebsvertretung und Wahlen haben wollen. Bei Betrieben mit Arbeitern kommen die 25% leicht zusammen, schwierig wird es in Betrieben, in denen viele Angestellte beschäftigt sind. Auch die Gewerkschaften als solche wurden aufgefordert, Anträge für ihre Zulassung einzureichen. Jede Industriegewerkschaft muß ihren Antrag einreichen. In Frankfurt werden das 13-14 sein.

Politisch hat Willi [Eichler] wohl in seinem Brief recht behalten, daß sich die Gründung der alten SP nicht aufhalten läßt. In der ersten Aktionsausschuß-Sitzung³², an der ich teilgenommen habe, brachte ich die Frage nach der Einheitspartei vor. Es wurde mir beteuert, daß alle, die an der Bezirkskonferenz teilgenommen haben, sich sehr für die Gründung einer Einheitspartei eingesetzt haben. Doch die Genossen aus dem Bezirk Hanau, Wiesbaden, Darmstadt z.B. hätten auch gewichtige Gründe für die Beibehaltung des alten Namens gehabt. Se kommt dabei immer wieder durch, daß die SP vor 1933 viel erreicht habe und auch die richtige Politik vertreten hätte. Viele scheinen schon vergessen zu haben, was alles vor 1933 geschehen ist. Wäre es nicht möglich, die 'Sozialistische Wiedergeburt'³⁴ ergänzt und weitergeführt herauszubringen, damit die Vergangenheit wieder etwas aufgefrischt wird?

Ich habe die große Sorge, daß wenn wir in die neue Partei gehen, ohne unseren engen Zusammenhalt zu behalten, in dieser Partei nicht viel erreichen werden und auch nicht gegen den Apparat und die Autokratie von oben ankommen können. Andererseits sehe ich im Augenblick nicht, wie wir allein außerhalb der SP mit einiger Aussicht auf Erfolg arbeiten können. Die Aufgabe in dieser so schwierigen Situation ist wirklich, die Arbeiterschaft zusammenzubringen und zur Aktivität vorzubereiten.

Es hat mich sehr interessiert, was unsere anderen Genossen zu dieser akuten Frage denken. Durch Heinrich Meyer hatte ich Gelegenheit, mit dem Auto nach Bochum und Köln zu kommen. Ich habe die Gelegenheit benutzt und bin mitgefahren. Jupp [Kappius] und Heini waren beide nach Hannover gefahren. Ich hoffe sehr, sie haben dort Willi gesehen und die Lage ausführlich besprochen. Mir scheint das Beste zu sein, auch nach dem, was ich in Bochum und Köln gehört habe, in die SP mit hineinzugehen und zu versuchen, möglichst aktive, vernünftige Genossen zu finden, die eine neue Linie in die alte SP bringen. Außerdem sollten wir den Einheitsgedanken weiter vertreten und sehen, daß es auf einem Parteitag zu einer neuen Partei mit neuen politischen Richtlinien kommen wird. - Eine Aussprache unter uns mit Genossen aus verschiedenen Städten wäre sehr nötig. Ich hoffe sehr, daß eine solche Aussprache möglich sein wird, wenn Willi nach Köln kommt.

Von zwei neuen Einrichtungen hier in Frankfurt wollte ich Dir noch erzählen. Die eine ist ein Arbeitsschieds-Ausschuß. Der von einem früheren Betriebsrat von 1933, Beuel von Hartmann & Braun, geleitet wird. Dort werden Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geschlichtet. So viel ich gehört habe, kommt es fast immer zu einer Verständigung. Ist eine Verständigung nicht möglich, geht der Fall zu den Amerikanern. Da die Unternehmer ihre Streitigkeiten nicht gern vor den Amerikanern austragen, kommt es meistens zur Verständigung.

Die andere Einrichtung ist ein Ausschuß beim Landesarbeitsamt, der sich mit Fragen der Tarife, des Lohnes, Urlaub, Arbeitszeit usw. befaßt. Es sollen in diesem Ausschuß Richtlinien für ein neues Tarifwesen geschaffen werden, außerdem Schwierigkeiten des heutigen, fast tariflosen Zustandes überwunden werden. An diesem Ausschuß nehmen auch Gewerkschafter teil.

³² Zu den Einheitsbestrebungen in SPD und KPD im Sommer 1945 in Frankfurt vgl. u.a. Mühlhausen, Hessen, S. 76f. sowie Fisch, Krause, SPD und KPD, S. 72-90

³³ Vgl. zur Situation in Wiesbaden Mühlhausen, Hessen, S. 78f., zu Darmstadt ebda., S. 81f. und zu Hanau Fisch, Krause, SPD und KPD, S. 90-100 und S. 108-110.

³⁴ Vgl. hierzu oben S. 242

8.9.45.

Liebe Hanna,

gestern abend war René [Bertholet] hier und hat viele gute und schöne Dinge mitgebracht. Vielen herzlichen Dank für alles! Vielen Dank auch für Deinen Brief.

Schade, daß Du meinen Brief mit meiner Anfrage über das Arbeiterhilfswerk nicht bekommen hast.³⁵ Er ist wohl bei Willi gelandet. Ich habe Dir am Anfang dieses Briefes einiges über die Wohlfahrt geschrieben. Bis auf die organisatorische Arbeit schläft noch alles weitere, wie mir scheint.

Ein Projekt über eine Hilfsaktion ist für uns die Walkemühle³⁶. Ich hatte in der vergangenen Woche Gelegenheit, nach der Mühle zu fahren und konnte mir ein eigenes Urteil nach Anschauung der Lage machen. Was die Räume angeht, Waschgelegenheiten und Verpflegung, könnte der Betrieb schon im Oktober eröffnet werden. Zehn Zimmer sind bezugsfertig. Für mindestens zehn Betten sind genug Decken und Bettwäsche vorhanden. Ebenso Vorhänge und Tischdecken für zehn Zimmer und das Eßzimmer. Hete [d.i. Heinrich] Meyer und ich sind losgegangen und haben durch Freunde der Mühle etwa 50 m Stoff bekommen, der sich sehr gut für Vorhänge, Tischdecken und ähnliche Dinge eignet. Auch die Lebensmittelversorgung ist ganz gut, da bei einiger Anstrengung manche Sachen zusätzlich besorgt werden können.

Schwierigkeiten macht die Betreuung der Kinder. Bisher waren drei Kinder dort, der kleine Junge wurde gerade von Verwandten abgeholt, als wir dort waren. Die beiden kleinen Mädchen haben sich gut erholt. Christa hat soviel zugenommen, daß ihr die Kleider zu eng werden. Übrigens haben diese beiden Kinder sehr wenig Wäsche und warme Kleider, wenn ihr dort welche bekommen könnt, wäre es schön. Passen würden sicher Kleider für durchschnittlich gut entwickelte 13jährige Mädchen. Doch ich wollte Dir ja von den Schwierigkeiten der Betreuung der Kinder erzählen. Ich habe nun selber gesehen, daß Else Schaper nicht die richtige Art hat, mit Frl. Conrad umzugehen. Sie mißtraut ihr zuviel. Dazu geht das Gerücht um, Frl. Conrad sei in der NSDAP gewesen. In einer längeren Unterhaltung mit ihr hat sie das sehr zurückgewiesen. Hete Meyer hat sich auch erkundigt. Nach seinen Erkundigungen soll die ganze Familie Conrad in Ordnung sein. Der Vater Conrad ist der Architekt für den Neubau der Mühle, Schulgebäude usw. Er macht diese Arbeit ohne Bezahlung, weil er am Neuaufbau der Mühle helfen möchte. Nach dem, was ich von ihm und seiner Arbeit gesehen habe, scheint er wirklich am Vorankommen interessiert zu sein. Trotzdem finde ich es richtig, daß man noch nachprüft, ob Frl. Conrad wirklich Pg war oder nicht. Else hat aber schon bei dem Gedanken daran, daß es so sein könnte, eine Abneigung gegen Frl. Conrad, und nicht nur deshalb, sondern auch, weil ihr manches andere an Frl. Conrad nicht gefällt. Dies und die Auffassung von Schapers, unbedingt ein sehr geschlossenes Familienleben haben zu müssen, hat zu einem Zustand von 'oben' und 'die da unten' geführt. Das ist nicht erfreulich, und Frl. Conrad fühlt sich oft recht verlassen in den nicht sehr schönen unteren Räumen. Mit den Kindern geht sie sehr gut um, was auch Schapers bestätigen. Wir haben nun sehr ausführlich mit Schapers darüber gesprochen, und ich hoffe, es wird jetzt etwas besser mit der Zusammenarbeit. Aber um noch mehr Kinder hinzubringen, reicht das nicht aus.

Um mehr Kinder zu bringen, müßten wir jemanden dort haben, der selbständig arbeiten kann und der sich auf Kochen und Hauswirtschaft versteht. In beidem sind Else und Frl. Conrad, meiner Meinung nach, sehr schwach. Könnten die Schweizer Freundinnen bald kommen? Oder sollten wir uns hier nach jemandem umsehen? Ich habe schon eine Frau mit ei-

³⁵ Gemeint ist offenbar der Bericht Anna Beyers vom 13.8.1945, hier abgedruckt S. 384

³⁶ Vgl. hierzu oben S. 69

nem kleinen Mädchen in Aussicht, die es wohl ganz gerne machen würde. Doch wären natürlich die Schweizerinnen schon für das Auftreten nach außen besser.

Sehr dringend werden Wärmestuben für die KZler werden. Viele von ihnen sind noch in großen Räumen oder in Zimmern, die nicht gut heizbar sind, untergebracht. Räume in den verschiedensten Stadtteilen zu finden, die heizbar sind, wäre wichtig. Manchmal könnte man die Kollegs der Wirtschaften dazu nehmen, wenn erlaubt werden würde, die etwas herzurichten und freundlicher zu machen. Dazu eine Möglichkeit zu finden, um wenigstens ein warmes Getränk herzustellen. Doch sehe ich bis jetzt noch keine Möglichkeit der Verwirklichung. Ohne einen Amerikaner, der Verständnis dafür hat und boxen hilft, läßt sich die Sache wohl auch nicht machen. Für Euch wäre es dann die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Lebensmittel und Milch dafür hereinkommen könnten. Doch darüber später mehr.

Ich lege Dir einen Bericht der Hilfsarbeit in Darmstadt bei³⁷, ebenso einen Zeitungsausschnitt über ein Erholungsheim für KZ-Leute³⁸. Den Leiter der Hilfsarbeit, Genosse Sieger, habe ich kennengelernt. Er ist ein alter Kämpfer, früher Spartakusbund³⁹, kennt viele der alten Genossen noch und macht die Hilfsarbeit heute mit viel Schwung und Ausdauer. Vielleicht ließe sich auch für diese Hilfsarbeit einiges zusammenbringen.

Weißt Du, mir fällt noch etwas ein. Für die Walkemühle könnten wir sehr gut Jugendbücher und Kinderbücher gebrauchen, ebenso einige Sachen zum Basteln.

So, nun noch etwas anderes. Ich möchte Dir den Vorschlag machen, Willi Schäfer-Eichenberg für einige Wochen nach der Schweiz zu nehmen. Wila [Schäfer-Eichenberg] hat mich vor einigen Wochen hier besucht. Ich hatte einen guten Eindruck von ihm. Er scheint ein Mensch zu sein, der nach einer Weltanschauung sucht. Doch dazu müßte er aus dem Trümmerhaufen Deutschland herauskommen und sich mit Freunden in aller Ruhe unterhalten können. Außerdem finde ich, kann man keinen lebendigeren Bericht bekommen, was die Jungens im Feld erlebt haben und wie sie denken, als wenn er von seinen Erlebnissen erzählt. Wenn sie ihn hören, werden die Genossen draußen manchen Fingerzeig bekommen, was zur Umerziehung der deutschen Jugend notwendig ist. Und auch dafür, wie man es nicht machen darf.

Nun noch einiges über die Freunde hier. Egon [Alfhart], der seit einigen Wochen aus der Gefangenschaft entlassen ist, hat sich gut erholt. Er möchte sich jetzt erst einmal näher unterrichten. Außerdem möchte er zusammen mit Lissy [Alfhart] wieder seinen Laden in der Stiftstraße aufmachen. Mir ist noch nicht klar, was sie eigentlich verkaufen wollen. Ich habe den Eindruck, sie wollen erst für ihre persönliche Sicherheit arbeiten, ehe sie an eine politische Arbeit denken.

Von Erich Wettig habe ich noch nichts wieder gehört. Schade!

Christian und Maria arbeiten in der Jugendgruppe mit. Besonders Christian ist aktiv und wird von den Jugendgenossen sehr geschätzt.

Vor etwa drei Wochen kam Tauba Bienenstock hier an. Sie ist in Uniform bei der amerikanischen Briefzensur beschäftigt und in Offenbach stationiert. So oft sie kann, meistens über das Wochenende, kommt sie mich besuchen. Ich freue mich sehr, wieder einen der alten Freunde in der Nähe zu haben.

³⁷ Konnte nicht ermittelt werden.

³⁸ Konnte nicht ermittelt werden.

Der Spartakusbund wurde 1916 als Zusammenschluß linksradikaler Sozialisten und der Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gegründet. Die Gründung war gleichbedeutend mit der Abspaltung von der SPD. Der Spartakusbund lehnte 1918 die parlamentarische Demokratie in Deutschland ab und propagierte die Räterepublik. Der Bund bildete den Kern der am 1.1.1919 gegründeten KPD.

Als ich die Walkemühle besuchte, traf ich dort auch Alfred Dannenberg und Grete Eichenberg. Der Gedankenaustausch war, besonders da Alfred uns schon über die Besprechungen zwischen Willi und Schumacher⁴⁰ erzählen konnte, gut.

Zur Sicherheit lege ich Dir noch die Anschrift von Karl Schneider bei. Vielleicht hast Du sie noch nicht. Es wäre schön, wenn ihr etwas über ihn erfahren könntet. Habt Ihr vielleicht gehört, ob Ludwig [Gehm] nach London gekommen ist? Oder ob überhaupt eine Aussicht für ihn besteht, bald zurückzukommen?

Liebe Hanna, das Farbband paßt. Vielen Dank dafür. Ein Muster für Absätze hatte ich mitgegeben. Es ist wohl verschütt gegangen. Ich lege ein neues bei.

Mir fällt noch ein, vor einigen Tagen hatten wir hier Besuch von Paul Bondi aus London, der einige Monate in München war. Er brachte die Nachricht mit, daß es Walter Eichler und Ludwig Koch gut geht. Hier sind ihre Adressen:

Walter Eichler

c/o Martin

München

Tal 19 II

Ludwig Koch

c/o Freimann

München 60

Dorpmüllerplatz

Bitte sage Hermann [Salomon] für das Pressematerial vielen Dank. Wir können es hier sehr gut gebrauchen.

So, und nun Schluß für heute. Die Arbeit drängt sich, ich könnte sehr gut noch Hilfe gebrauchen.

Ich freue mich schon, Dich hier zu sehen und grüße Dich sehr herzlich.

Deine Anna Beyer

Anna Beyer aus Frankfurt an Willi Eichler, 21.10.1945

ISK Box 61 maschinenschriftlich

Lieber Willi,

durch Hans Gottfurcht habe ich die Gelegenheit, Post mitzugeben. Hans Gottfurcht war hier zusammen mit Höchster und Rosenberg und hat vor einigen, es waren nur sehr wenige, Gewerkschaftsfunktionären gesprochen.

In der Gewerkschaft hat es in letzter Zeit Veränderungen gegeben. Schäffer, mit dem wir gesprochen hatten, ist jetzt beim Landesarbeitsamt. Man hatte ihn wohl für die Stelle Binders vorgesehen. Binder sollte mit in die hessische Regierung. Der Sekretär des Lederarbeiterverbandes ist zur Heimat (ehemals GEWOBAG) gegangen. Seine Arbeit übernimmt der Kollege für Textil und Bekleidung. Schäffer macht seine Gewerkschaftsarbeit jetzt in seiner Freizeit. Ich habe den Eindruck, daß er sich jetzt überzeugt hat, daß es mit der Genehmigung der Gewerkschaft noch gute Weile hat und daß man den Amerikanern zeigen muß, man kann auch anders. Paul und andere Kollegen waren über den Schritt Schäffers sehr erstaunt. Er

Zum Inhalt der Besprechungen zwischen Eichler, Bennemann, Kappius, Dannenberg und Schumacher vgl. Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus, S. 186-189. S. hierzu auch den von Eichler gegebenen verkürzten Bericht über die Besprechung in seinem Reisebericht "Die Lage in Deutschland" vom 22.10.1945, ISK Box 61, hier abgedruckt S. 96

⁴¹ Gemeint ist die gewerkschaftseigene Wohnungsbaugesellschaft "Neue Heimat".

hatte keinem Menschen etwas davon gesagt. Als er nicht mehr zur gewohnten Zeit zum Zimmerweg kam, sprach es sich langsam herum, daß er jetzt im Landesarbeitsamt säße.

Die Bildung der hessischen Regierung war eine etwas merkwürdige Angelegenheit mit vielen Überraschungen. ⁴² Hier in Frankfurt hatten sich die Christlichen, die Sozialdemokraten und Kommunisten geeinigt, Professor Bergsträsser, Darmstadt, als Präsidenten vorzuschlagen, Binder sollte Arbeitsminister werden, Hoch, Kassel, Innenminister, ebenso einige andere von den Linken. ⁴³ So wollte Walk, Darmstadt, in die KP eintreten, damit auch die KP einen Minister hat, und seinen Posten als Aufbauminister auch in der Regierung Bergsträsser behalten.

Die Amerikaner hatten sich die Regierung anders gedacht. Sie versuchten krampfhaft, außerhalb Hessen und Hessen-Nassau Leute zu finden, die als Minister zu gebrauchen wären. Endlich hatten sie einige brauchbare Entdeckungen gemacht. Die eine in Heidelberg, die andere in Konstanz. Als bekannt wurde, wer sie waren, haben Reiber, Darmstadt, und Walk Geiler, Heidelberg, und seine Bekannten besucht. Der Beschreibung in der Zeitung ist noch hinzuzufügen, daß er der Rechtsanwalt der Industrie in der Heidelberger Gegend ist. Und sich auch als Vertreter dieser fühlt. Nazi konnte er nicht werden, weil seine Frau jüdischer Abstammung ist. Nach den Berichten von Reiber und Walk hat er gar keine Neigung zum Regieren. Er von sich aus hat nicht daran geglaubt, eine Regierung zustande zu kriegen. Daß er den Posten angenommen hätte, läge nur daran, daß er die Amerikaner nicht habe loswerden können. Sie hätten ihn eine Woche lang richtiggehend belagert. Er fühle sich gezwungen anzunehmen, nur um die Amerikaner wieder loszuwerden.

Über die Vorschläge der Frankfurter sollen die Amerikaner gesagt haben, Frankfurt hat nur zweite oder dritte Garnitur vorgeschlagen. Wie ich von einem KP-Mann gehört habe, sollen einige SP-Leute doch noch Noske vorgeschlagen haben. Das abfällige Urteil der Amis wird dadurch verständlicher.

Die jetzige Zusammensetzung von zwei Sozialdemokraten, einem Kommunisten, einem Volksparteiler und einem Mann der Industrie scheint mir ein Versuchsballon der Amerikaner zu sein, einmal was ganz Neues auszuprobieren. Warten wir ab, was für die Bevölkerung dabei herauskommt.

Mit Reiber hatte ich eine gute Unterhaltung. Er möchte einige von unseren Sachen lesen. Könntet ihr dafür nicht ein Nelsonbuch locker machen? Ebenso wäre es gut, noch einige von Minnas [Specht] Broschüren⁴⁴ hier zu haben.

Daß Tauba [Bienenstock] nach Bremen gehen mußte, hast Du sicher inzwischen gehört. Ihr könnt, für alles, was Ihr schicken wollt, die Adresse von Ruth Pelzer nehmen. Sie hat die gleiche wie Tauba in Offenbach. Tauba ist nicht gern gegangen, sie wäre lieber hier geblieben. Aber so ist die Army!

Kudrnowski hatte den Besuch von Küster. Sie haben mit vereinten Kräften versucht, die Friedensgesellschaft⁴⁵ zugelassen zu bekommen. Nach einigen Besprechungen mit den Amerikanern haben sie eine mündliche Zusage bekommen. Mit dem Aufbau der Organisation will er langsam machen.

Knothes Bericht über die Konferenz in Hannover⁴⁶ war nicht sehr aufschlußreich. Er hat nicht viel mehr berichtet, als was wir schon vorher darüber gehört haben. Die Vertreter der

⁴² Die hessische Regierung unter Karl Geiler wurde am 16.10.1945 gebildet. Zur Regierungsbildung in Hessen vgl. bes. Kropat, Hessen, S. 26-40. Hier auch der Abdruck zentraler Dokumente. S.a. die Antrittsrede von Ministerpräsident Karl Geiler vom 16.10.1945; in: ders., Freiheit, S. 13-20.

⁴³ Unleserliche handschriftliche Einfügung.

⁴⁴ Es könnte gemeint sein: Minna Specht, Gesinnungswandel. Die Erziehung der deutschen Jugend nach dem Weltkrieg. Hg. vom ISK. London o.J. (1943).

⁴⁵ Vgl. hierzu oben S. 42

verschiedenen besetzten Zonen sollen getrennt getagt haben. Außerdem eine Menge Zeit mit Anmeldeformalitäten verbracht haben. Politisch seien sie sich in großen Zügen einig gewesen. Die Diskussionen über den Führungsanspruch der Berliner Leitung⁴⁷ seien im kleinen Kreis unter der Führung von Knothe vor sich gegangen. Dieser Bericht Knothes hat mich nicht sehr befriedigt. Man kann vor allen Dingen überhaupt nicht daraus ersehen, was mit unseren Vorschlägen geworden ist. Hat man überhaupt darüber diskutiert? Was haben die drei Londoner⁴⁸ für einen Eindruck von der Konferenz?

Am 24.10. wird Kurt Schumacher hier sprechen.⁴⁹ Vielleicht wird er etwas ausführlicher. Dies für heute mit vielen herzlichen Grüßen auch an die anderen Freunde

Deine Anna.

Anna Beyer aus Frankfurt, Ende Oktober 1945

ISK Box 64 maschinenschriftlich

Über die Jugend

Die große Schwierigkeit, den Schulbetrieb wieder in Gang zu bringen, ist der Mangel an Schulraum und an Lehrern. Viele Schulen und ihre Einrichtungen sind zerstört, in einigen von den erhaltenen sind noch amerikanische Soldaten untergebracht. Dieser Mangel hat zur Folge, daß nur einige Jahrgänge der Kinder Unterricht haben können. In kleineren Städten teilt man den Unterricht, damit möglichst alle Kinder einige Stunden Schule haben: die kleineren Kinder einige Stunden vormittags, die größeren nachmittags. Die Durchschnittszahl der Kinder pro Klasse ist 40.

Die Lehrer sind zu über 50 Prozent Nazi gewesen. Wenn man genau rechnet, die Pgs, unorganisierte Nazi und Militaristen zusammen, sind es sicher 80 Prozent. Ein Beispiel, wie schwierig die Auslese der Lehrer ist: In Darmstadt wurden für die Oberschule (früher Gymnasium) mit vieler Mühe und Sorgfalt einige Lehrer geprüft (ich glaube, es waren sieben für zwei Schulen). Die Schule wurde eröffnet. Schon nach einigen Tagen Unterricht erzählte ein Lehrer seinen Kindern folgendes: "Die Vorfahren vieler Amerikaner waren Deutsche. Wenn diese Deutschen mehr Nationalbewußtsein gehabt hätten, wäre die amerikanische Sprache heute deutsch. Ebenso wäre der deutsche Einfluß in Amerika viel stärker. Und dies hätte zur Folge gehabt, daß der Krieg in Deutschland ganz anders ausgegangen wäre."

Noch ehe die deutschen Behörden von diesem Vorfall Kenntnis bekamen, wußten die Amerikaner davon und haben den Mann natürlich sofort an die Luft gesetzt. Und ihr Urteil ist: Da seht ihr's, so sind die Deutschen! Man kann aussuchen, soviel man will, man findet nur Nazi!

Der Mangel an Lehrern ist so groß, daß viele alte Lehrerinnen sich wieder zum Unterricht melden. Um den Mangel an Lehrern zu beseitigen, wurden für Jungens und Mädchen, die

⁴⁶ Gemeint ist die SPD-Konferenz von Wenningsen am 5. - 7.10. 1945. Vgl. hierzu ausführlicher oben S. 101

⁴⁷ Gemeint ist der ZA der SPD in Berlin.

⁴⁸ Seitens der Londoner Exil-SPD nahmen an der Konferenz von Wenningsen teil: Erich Ollenhauer, Erwin Schoettle und Fritz Heine. Vgl. Kaden, Einheit, S. 132.

⁴⁹ Zur Rede Schumachers in Frankfurt am 24.10.1945 vgl. Beier, SPD Hessen, S. 33.

Lehrer werden wollen, Abiturvorbereitungskurse eingerichtet. (Ein Halbjahreskurs für Junglehrer soll am 1. November beginnen. Die Teilnehmer müssen sich verpflichten, mindestens zwei Jahre als Lehrer zu wirken.)

Eine andere Schwierigkeit ist die Beschaffung von Material. Es besteht ein großer Mangel an Heften, Bleistiften usw. Ein kleines Mädchen aus Darmstadt erzählte: Um den Laden zu erreichen, in dem sie ein Heft bekomme, müsse sie eine Stunde laufen! Viele Kinder in ihrer Klasse hätten keine Hefte. Dieser Umstand mache den Unterricht sehr schwierig. Ich habe Lesebücher und andere Schulbücher gesehen; es sind welche von vor 1933, die mit dem Vermerk nachgedruckt wurden, daß sie nur ein Provisorium seien, bis neue Schulbücher ausgearbeitet wären.

Ich habe den Eindruck, daß viele Kinder froh sind, wieder zur Schule gehen zu können. Sie lernen gern. Auch ältere Jungens (von 13-15) würden gern wieder zur Schule gehen; sie versuchen, durch Privatstunden ihr Wissen zu erweitern. Manch alter pensionierter Lehrer hat jetzt wieder dankbare Schüler gefunden.

Mit den jungen Mädchen und Burschen von 17 bis etwa 23 und darüber ist es etwas anders. Sie haben das Bedürfnis, erst einmal ihre Freiheit zu genießen. In der Eisenbahn hörte ich folgendes Gespräch von zwei jungen Mädchen und zwei jungen Männern: "Arbeiten? Nein, das kommt nicht in Frage! Die das Land kaputt gemacht haben, sollen es auch wieder aufbauen!" (Die Jungens meinten: "Hätten wir es so gemacht wie unsere Väter, dann wäre der Krieg schon früher zu Ende gewesen! Sie meinten wohl, sie hätten zu Hause bleiben sollen.)

Sie erzählten, sie seien an drei verschiedenen Orten gemeldet: im Norden, im Westen und im Süden. Auf diese Weise ließe es sich ganz gut leben, Not hätten sie keine. Mit Arbeitsbescheinigungen seien sie gut versorgt; sie boten solche auch den Mädchen an. Zigaretten kaufe man preiswert in Frankfurt zum Preise von 2,50 das Stück, die man im Ruhrgebiet um 6. per Stück wieder verkaufen könne, das sei ein gutes Geschäft. Auch mit Wein ließen sich gute Geschäfte machen. - Die Unbequemlichkeiten des Reisens fanden sie interessant. Sie kannten ganz genau die Vorzüge des Schlafens im Bunker und in der Bahnhofshalle, die Nachteile und Vorteile des Fahrens auf Güterwagen, wie man auf den Puffern, den Trittbrettern oder auf den Lokomotiven fahre.

In Frankfurt wird schon während des ganzen Sommers der Versuch gemacht, Jugendliche aufs Land zu bringen zur Arbeit. Die Jungens und Mädchen werden bis zu ihrer Abreise in einem ehemaligen Luftschutzbunker untergebracht. Viele der Jungens sehen trotz der etwas heruntergekommenen Kleidung (oft alte Uniformstücke) verhältnismäßig ordentlich aus; ebenso die Mädchen. Ihr Benehmen ist, wenn sie in einer Gruppe sind, laut; allein stehen sie verloren herum und wissen nicht, was sie mit sich anfangen sollen. Einen Jungen sah ich, wie er mit einem kleinen Schuljungen Aufgaben machte. Bei manchen Jugendlichen hatte ich den Eindruck, sie lügen das Blaue vom Himmel herunter. Diese Jungens wollen auch nicht arbeiten. Sie kommen an, werden eingesetzt und laufen bei der erstbesten Gelegenheit wieder davon. Da die Betreuung heute noch nur in der Unterbringung auf dem Lande besteht, weiß man dann nicht, was aus ihnen geworden ist. Nur selten kommen sie nach Frankfurt zurück und melden sich.

Anna Beyer aus Frankfurt, 1.12.1945⁵⁰

ISK Box 63 maschinenschriftlich

Die Sozialdemokratische Partei

Nach Angaben von Knothe hat die Partei jetzt (Nov. 1945) etwa 5000 Mitglieder. Der Parteivorstand wurde vom Aktionsausschuß der Partei vorgeschlagen und von der Generalversammlung der Partei gewählt.

Er besteht aus folgenden Genossen:

I. Vorsitzender: Wilhelm Knothe
II. Vorsitzender: Paul Apel
II. Kassierer: Franz Ulrich
II. Kassierer: Kurt Heidel
II. Schriftführer: Richard Horr
II. Schriftführer: Anna Beyer

Beisitzer:
Höcher, List
Monch, Beckmann
Schäfer, Kostera
Oettinger, W. Apel
Steigerwald, R. Menzer

I. Revisor: Kriegseis II. Revisor: Pfeifer

Franz Ulrich wurde als Sekretär der Partei angestellt. Bernbach, schon früher Kassierer der Partei, tritt wieder seinen Posten als hauptamtlicher Kassierer der Partei an. Dazu kommen noch einige Schreibkräfte. Seit einiger Zeit ist Heinz Horndasch als Sekretär für die Jugendarbeit hauptamtlich angestellt.

Um die Arbeit in der Partei zu aktivieren, wurde über ein Dutzend Fachausschüsse geschaffen. Wie z.B. Parteiprüfungsausschuß, in dem alle Schwierigkeiten betreffs Mitgliedschaft geprüft werden sollen. Ein Wirtschaftsausschuß, ein Wiederaufbauausschuß, ein Kommunalausschuß, ein Kultur- und Schulausschuß, ein Jugendausschuß und einige mehr. Die personelle Besetzung der Ausschüsse erfolgte durch Vorschläge der Vorstandsmitglieder. Jeder Ausschuß soll möglichst nicht mehr als neun Mitglieder haben. Die Arbeit der Ausschüsse soll dazu dienen, Fachreferenten auszubilden und Material zu sammeln.

Am Donnerstag, dem 6.11., fand eine Landeskonferenz in Frankfurt statt.⁵¹ Es waren Vertreter aus fast allen größeren Städten der amerikanisch besetzten Zone und der französisch besetzten Zone anwesend. Schumacher und Kriedemann aus Hannover, Roßhaupter, München und Bergsträsser, Darmstadt u.a.

Überall ist die SP noch im Aufbau begriffen. Besonders weit zurück ist man in der französisch besetzten Zone. Dort sind öffentliche Versammlungen noch nicht zugelassen, ebenso ist die Partei noch nicht erlaubt. Bei der heutigen politischen Situation wird es, so lange es keine einheitliche deutsche Regierung gibt, auch keine Reichsleitung für die sozialdemokratische Partei geben. Der Aufbau der Partei muß also diesen Verhältnissen angepaßt werden. Schumacher betonte ausdrücklich, daß die SP für eine europäische Politik ist und weder nur nach Osten orientierte noch nach dem Westen sich ausrichtende Politik machen wolle. Für die kommenden Wahlen⁵² wurde sehr angeraten, keine gemeinsamen Wahllisten mit den

Nach Mühlhausen, Hessen, S. 78 u. 162, Anm. 49, handelt es sich beim vorliegenden Bericht um ein Rundschreiben der "provisorischen Landesleitung" der SPD vom 1.12.1945. Wir glauben dagegen, ihn aufgrund des Duktus Anna Beyer zuordnen zu können.

⁵¹ Vgl. hierzu Mühlhausen, Hessen, S. 78

Gemeint sind die Wahlen in kleinen Gemeinden der amerikanischen Besatzungszone am 27.1.1946. Wahlergebnisse (Zone gesamt/Großhessen): SPD (25,1%/42,3%); CDU (37,9%/29,8%); KPD (3,5%/5,3%); DVP (2,5%/2,2%); sonstige (31,0%/15,1%). Vgl. hierzu Jahrbuch 1946, S. 117. Außerdem fanden

Kommunisten zu machen. Bei den Wahlen in Österreich⁵³ hätten die Sozialdemokraten bestimmt mehr Erfolg gehabt, wenn sie nicht eine Listenverbindung mit den Kommunisten eingegangen wären. Die Arbeit mit der Kommunistischen Partei sei solange schwierig, solange die Kommunisten in ihrer Politik von den Russen abhängig seien. Trotzdem soll versucht werden, mit der Kommunistischen Partei zu einer guten Zusammenarbeit zu kommen. Was aber, nach den Berichten verschiedener Genossen, nicht ganz leicht ist. Beschimpfungen von kommunistischer Seite wie "die Sozialdemokraten sind Verräter, Sozialfaschisten" sind nicht selten.

Die Genossen der Pfalz haben gute Verbindung mit der Gruppe deutscher Sozialdemokraten in Paris und auch mit den französischen Gewerkschaften. So hatten sie den Besuch von Jouhaux, der ihnen helfen will, den Aufbau der Gewerkschaften schneller voranzubringen. Er hat den deutschen Gewerkschaftern alle nur mögliche Hilfe zugesagt.

Bei einer Zusammenarbeit mit der Christlich Demokratischen Partei müsse man sich die Leute genau ansehen, so meinte Professor Bergsträsser. In ihren Reihen gebe es Kreise der früheren Harzburger Front⁵⁴. Von anderer Seite hörte ich, der Leiter der Marburger CDP sei ein aktiver Nazi.⁵⁵ Es gäbe aber auch in der CDP Kreise, die durchaus sozialistische Anschauungen haben und mit denen man sehr gut zusammenarbeiten könne.

Mit großer Sorge betrachten die Genossen die Entwicklung der Verwaltung des englisch besetzten als auch des amerikanisch besetzen Gebietes. Viele haben davon berichtet, daß es den Beamten verboten sei, sich politisch zu betätigen, ja an manchen Orten sei es ihnen sogar verboten, sich politisch zu organisieren. Auch sei im englisch besetzten Gebiet der als alter Reaktionär bekannte Abraham Frowein zum Leiter des Wirtschaftsamtes bestimmt worden. Daran könne man sehen, in welche Richtung der Kurs in Zukunft gehe. Ebenso wurde kritisiert, daß der frühere Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, als Polizeidezernent für die Pfalz eingesetzt wurde.

Am Schluß der Konferenz wurde ein kleiner Parteiausschuß gebildet. Durch ihn soll es möglich gemacht werden, in engerer Verbindung zu bleiben, um so zumindest in der englischen, amerikanischen und französischen Zone zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen.

Prüfungsausschüsse der Wirtschaft für die Entnazifizierung

Die Ausschüsse bestehen aus drei Personen. Der Vorsitzende ist eine juristisch gebildete Person (ich habe nur von einer Ausnahme gehört). Außerdem gehören zu dem Ausschuß ein Arbeitgebervertreter und ein Arbeitnehmervertreter.

am 28.4. bzw. 26.5.1946 in Hessen Kommunalwahlen statt. Wahlergebnisse: SPD 43,2%, CDU 36,9%, KPD 9,3%, FDP 7,3%, sonstige 3,3%.

⁵⁶ Vgl. hierzu oben S. 285

⁵³ Gemeint sind die Wahlen zum Nationalrat in Österreich am 25.11.1945. Sitzverteilung: ÖVP 85, SPÖ 76 und KPÖ 4 Sitze. Der Einbruch der KPÖ beschleunigte in der SBZ den Prozeß der Bildung einer sozialistischen Einheitspartei, weil man einer eigenständigen KP wenig Chancen bei einer Wahl einräumte. Vgl. Erdmann, Ende, S. 78 u. 137.

Die Harzburger Front bezeichnete den Zusammenschluß der "nationalen Opposition" gegen die Regierung Brüning und die Weimarer Demokratie. An dem Treffen am 11.10.1931 in Bad Harzburg beteiligten sich Vertreter der NSDAP, der DNVP, des Stahlhelms, der Vaterländischen Verbände und führende Einzelpersonen aus Industrie und Junkerfamilien.

Im November 1945 wurde von der amerikanischen Militärregierung die Gründung der CDP in Marburg genehmigt. Die Gründungsmitglieder waren Prof. Adolf Busemann, Pfarrer Karl Bernhard Ritter, Pfarrer Bücking, Annemarie Heiler, Landgerichtsdirektor Dr. Heinrich und Oberstudienrat Bunnemann. Die erste Vorstandswahl datiert erst vom 17.4.1946: Danach wurde Prof. Busemann zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Nach dem Bericht einer Sitzung wurden von neun behandelten Fällen nur einer als arbeitsunwürdig erklärt. Der Angeklagte hat den Nachweis zu erbringen, daß er nur zahlendes Mitglied gewesen war. Diese Nachweise sind oft Zeugnisse von Verwandten und Bekannten, daß der Angeklagte irgendwann und wo einmal etwas gegen die Nazis getan hat oder sich in einer schwierigen Situation ordentlich benommen hat. Hier einige Beispiele für die Beurteilung:

Firma Holzmann, Baugeschäft.

K., Bauingenieur. Mitglied der NSDAP seit 30.4.1933, war früher Mitglied im BUTAB von 1916-1933. 1932 hat er SP gewählt, 1933 Nazi.

Dieser Mann wurde gegen die Stimme des Arbeitnehmervertreters für arbeitswürdig erklärt.

Holzmann A.G., Baugeschäft:

H., Abteilungsdirektor. Mitglied der NSDAP seit 1.5.1933, hat früher Deutsche Volkspartei gewählt. Wurde von Stadtrat Altheim besonders zur Befürwortung empfohlen. Wurde gegen die Stimme des Arbeitnehmervertreters für arbeitswürdig erklärt.

Firma Holzmann A.G. Baugeschäft

E., von Oktober 1933-1942 Rottenführer in der SA, seit Mai 1938 Mitglied in der NSDAP. War von 1922-1927 Mitglied im Baugewerksbund, von 1927-1933 Mitglied im BUTAB, hat 1932 und 1933 SP gewählt.

Da der Unternehmervertreter diesen Mann ablehnen wollte, während er bei den höheren Angestellten für die Leute gestimmt, entschloß sich der Arbeitnehmervertreter, für diesen Mann zu stimmen.

Nach dem Eindruck des Arbeitnehmervertreters sind die Richtlinien für die Beurteilung nicht gründlich genug festgelegt. Es hängt oft nur von der Zufälligkeit des Urteils der Personen des Ausschusses ab, ob abgelehnt oder zugestimmt wird. Unter den Vorsitzenden gibt es sehr alte Gerichtsräte a.D., denen noch der alte preußische Geist in den Knochen steckt, wie z.B. dem Landgerichtsrat Berent, der früher Leiter des Kyffhäuser Bundes⁵⁷ gewesen ist. Für sein Urteil genügt es, wenn der zu beurteilende ein alter Offizier ist. Einheitliche, bis ins kleinste ausgearbeitete Richtlinien wären also sehr notwendig.

Gerüchte und Nazipropaganda

Die Gerüchte, daß es zu einem Krieg mit Rußland kommen wird, vermehren sich sehr. Sie werden nicht nur von der Bevölkerung besprochen, sondern auch von Menschen, die politisch interessiert sind und sonst nicht leicht an Gerüchte glauben. In Oberhessen, in den Dörfern um Alsfeld, ist man der Meinung, der Krieg werde kommen, und zwar wäre das nur eine Sache von kurzer Zeit, bis er da sein wird. Hier in Frankfurt erzählt man sich, in Aachen ständen zwei Divisionen deutscher Soldaten feldmarschmäßig ausgerüstet. Eine Frau kommt von dem Besuch ihres Mann zurück, der als SS-Mann in einem Lager ist. Er hätte gutes Essen und gute Behandlung, weil er zur besonderen Verwendung vorgesehen sei.

Ein deutscher Soldat kommt für neun Tage in Urlaub. Er ist in der Gegend von Hamburg stationiert. Sie hätten noch ihre militärischen Einrichtungen, Dienstgrade usw. Auf der Strek-

Der Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände entstand 1898. 1911 hatte er 2,5 Mio Mitglieder. 1921 schloß er sich mit dem 1872 gegründeten Deutschen Kriegerbund zum Deutschen Reichskriegerverband Kyffhäuser zusammen (1927: 3 Mio Mitglieder). 1938 erfolgte die Zusammenfassung aller deutschen Soldatenverbände zum Nationalsozialistischen Reichskriegerbund. Vgl. u.a. Reinhard, NS-Reichskriegerbund, S. 9-16. Zu paramilitärischen Vereinigungen in der Weimarer Republik vgl. umfassend Diehl. Politics.

ke Hannover - Hamburg sei auf der Autobahn viel Munition und Treibstoff gelagert. Man spricht von großen Kanonen und Tanktransporten nach dem Osten.

Frankfurt a.M., den 1. Dezember 1945.

Anna Beyer aus Frankfurt an Willi Eichler, 1.12.1945

ISK Box 63 maschinenschriftlich

Lieber Willi,

Deinen Brief vom 1. November habe ich am 22.11. bekommen. 58 Vielen Dank.

Die Verbindung mit Elisabeth [Schäfer] klappt auch sehr gut. Vielen Dank für die Päckchen. Ich hoffe, Ihr bekommt die Zeitungen regelmäßig.

Die "SK" hat hier großen Eindruck gemacht. Ich würde es bedauern, wenn sie nicht mehr kommen würde. Viele Genossen haben mich gefragt, ob sie die Korrespondenz regelmäßig haben können. Das Gute an Nr.2 war, daß darin auch Euer Material enthalten war. Auf diese Weise bekommen wir hier auch etwas mehr davon zu sehen. Es ist bedauerlich, aber eine regelmäßige Verbindung besteht immer noch nicht. Ich rechne sehr damit, daß wir bei unserer nächsten Zusammenkunft eine solche werden einrichten können.

Mit der Arbeit kommt es langsam voran. Die SP hat mich für den Bürgerrat vorgeschlagen, den dazu nötigen Fragebogen habe ich eingereicht.⁵⁹ Mal sehen, was daraus wird. Außerdem bin ich im Kulturausschuß der Stadt und im Ausschuß für Volksbildung als Vertreter der Gewerkschaften. Bis jetzt ist diese Arbeit erst in der Vorbereitung.

Ende der Woche war ich mit einigen Jugendgenossen in einer Besprechung des Stadtkommamndanten Gheen. Wir wollten gerne wissen, wie weit wir mit der Organisierung der Jugend gehen können. Ganz unvermittelt fragte er während der Unterhaltung, welche Berufsarbeit ich hätte. Als er hörte, ich hätte keine feste Berufsarbeit, wollte er, ich sollte beim Sozial-Department des Military Government anfangen. Später machte er Knothe einen Vorschlag, mich für die Partei anzustellen. Knothe war über die Empfehlung von Gheen sehr angetan. Sie war für ihn wohl eine Überraschung. - Später hat Knothe mir ein Angebot gemacht, für die Partei zu arbeiten und mich gefragt, ob ich grundsätzlich damit einverstanden sei. Ich habe zugesagt. Diese Empfehlung von oben hat auf viele, die davon hörten, Eindruck gemacht. Und Knothe redet gern davon. Du siehst, es ist immer wieder dasselbe, wenn einer von oben sagt, das ist das Richtige, dann muß es stimmen, auch wenn er einen nur fünf Minuten gesprochen hat.

Der Kindertransport nach der Mühle⁶⁰ hat mir Freude gemacht. Es sind meistens Kinder, deren Vater im KZ oder Zuchthaus umgekommen sind. Einige waren kommunistische Funktionäre. Jetti macht ihre Arbeit als Leiterin sehr gut. Es sind jetzt 17 Kinder dort, allerdings die meisten nur für einige Wochen zur Erholung. - Auf dem Rückweg habe ich in Kassel Station gemacht. Max [Mayr] und Grete [Eichenberg] haben jetzt Fensterscheiben und können eine Stube heizen. Das Wasser müssen sie immer noch von der Straße holen, hoffen

⁵⁸ Konnte nicht ermittelt werden.

⁵⁹ Gemeint ist der Entnazifizierungsfragebogen.

⁶⁰ Gemeint ist die Walkemühle. Vgl. hierzu oben S. 69

aber, noch vor Eintreten des Frostes die Leitung repariert zu haben. Sie haben dazu Arbeitsgruppen der Einwohner gebildet, die jeden Sonnatg für die Instandsetzung der Wasserleitung arbeiten. Sie lassen Euch alle sehr grüßen.

Der Genosse Sauer, Leiter des Arbeitsamtes Frankfurt, möchte gern wissen, wo die folgenden Genossen geblieben sind:

Helmut Niendorf, Berlin, ADGB. Ist 1933 nach Frankreich emigriert. War in Südfrankreich als Steinbrucharbeiter tätig.

Walter Maschke, Berlin, ADGB, war im KZ und ist nach seiner Entlassung nach England emigriert. Schevenels kennt ihn.

Mit Sauer besprach ich auch, wie man die Beziehungen zu den Gewerkschaften in England wieder aufnehmen könne. Er kennt Citrine sehr gut von seiner Arbeit im ADGB in Berlin und andere Gewerkschafter. - Im Augenblick getraut er sich nicht zu schreiben, weil er glaubt, er würde abgewiesen, und die Genossen dort würden es als eine Anmaßung ansehen. Vielleicht könntet Ihr versuchen herauszufinden, wie die Stimmung dort bei den Gewerkschaften ist und helfen, eine Verbindung vorzubereiten. - Einen Bericht über die Arbeitsverhältnisse hoffe ich bald schicken zu können.

Knothe hat mich gebeten, genaues Material für die politische Gesinnung und Arbeit von Venedey zu bringen. Ebenso möchte er gern ganz genau wissen, was mit Paul Müller all die Jahre losgewesen ist. man kann es sozusagen nicht fassen, daß... Hast Du Material?

Karl Tesch, der ein alter SP-Genosse war, wir trafen ihn im Gewerkschaftshaus, ist in die KP gegangen. In der Schweiz hatte er mit dem FD gearbeitet, war auch durch das FD nach Deutschland gekommen. Viele seiner alten Genossen waren über seinen Entschluß sehr erstaunt. Elli Lohff, früher ISK-Jugend, Frau von Friedrich Lohff, Hamburg, lebt jetzt in Mainz und ist auch in die KP gegangen. Ihr Vater, früher SAP, jetzt KP, hat ihr eine Stelle bei der Mainzer Zeitung verschafft. Er ist dort Redakteur, ebenso haben ihr andere KP-Genossen bei der Beschaffung von persönlichen Dingen, Wohnung, Einrichtung usw. geholfen. Sie fühlte sich deshalb so verpflichtet, daß sie glaubte, nicht anders zu können. Alle Versuche anderer Genossen, sie davon abzuhalten, waren erfolglos.

Seppel [Kudmowski] versucht immer noch, die Friedensgesellschaft zugelassen zu bekommen, ebenso den Verlag für "Das andere Deutschland"⁶¹, bisher aber ohne Erfolg. Stierle, der bisher immer noch von der SP zur Disposition gestellt ist, soll den Vertrieb machen, ebenso den Vorsitzenden der Friedensgesellschaft.

Dies für heute, und hoffentlich sehen wir uns Neujahr in Göttingen. Sehr herzliche Grüße an Dich und die Freunde von

Deiner Anna

⁶¹ Zur DFG und zu "Das andere Deutschland" vgl. oben S. 42

Anna Beyer aus Frankfurt an Willi Eichler, 1.2.1946

NL Eichler, ISK Korr A-Bl maschinenschriftlich

Lieber Willi.

zuerst ein herzliches Willkommen hier in Deutschland. Ich wünsche Dir von Herzen viel Erfolg bei Deiner Arbeit. Und hoffentlich findest Du eine Ecke, in der Du ruhig arbeiten kannst.

Hier ist Krach in der "Rundschau". Nachdem die Redakteurin der Frauenspalte gekündigt hatte, weil sie die Methoden der "Zusammenarbeit" der kommunistischen Redakteure Carlebach und Rudert und des geschäftsführenden Redakteurs, des schwarz-roten Katholiken Gerst, nicht mehr ertragen konnte, kam es zu einer Generalaussprache, bei der auch die für das Zeitungswesen verantwortlichen Amerikaner dabei waren. Es stellte sich heraus, daß die Kommunisten sehr fleißig Material gegen Knothe und Etzkorn zusammengetragen hatten. Hauptsächlich wirft man ihnen vor, sie hätten nicht ihre ganze Zeit für die Zeitung gegeben. Etzkorn könne nicht schreiben und habe ein schlechtes Feuilleton gemacht. Die Amerikaner schlugen deshalb vor, die SP solle zwei andere Journalisten bestimmen, die die Lizenz übernehmen könnten. Knothe solle sich lieber ganz der Politik widmen. Gerst, den Katholiken, haben die Kommunisten als den Fackelträger der Demokratie verteidigt.

Über diese neue Situation freuen sich manche Genossen, weil sie möchten, daß es ein Ende mit der sog. "Schundschau" hat. Sie hoffen, daß auf diese Weise der Weg für eine SP-Zeitung geebnet wird. Knothe neigt dazu, zwei andere in die Zeitung zu schicken, wenn man erreichen kann, Gerst aus der Zeitung zu bekommen.

Über Parteizeitungen ist noch nichts entschieden. Die Verhandlungen darüber ziehen sich endlos hinaus. Offenbar wollen die Amerikaner erst noch eine bürgerliche Zeitung herausgeben lassen. Sie soll ähnlich der früheren "Frankfurter Zeitung" werden.

Bei dem Material findest Du einige Nummern des Informationsdienstes, von dem ich in einem meiner Briefe sprach.⁶² Dieser Informationsdienst wird an die ehemaligen SP-Redakteure und an einige SP-Funktionäre geschickt. Auflage etwa 300. Eine offizielle Genehmigung liegt dafür noch nicht vor.

Auf unsere SPK warten wir sehr.

Die SP-Arbeit stand in den letzten Wochen ganz unter dem Eindruck der ersten Wahlen in den kleinen Gemeinden und Städten. 63 Jeder, der nur irgendwie reden konnte, wurde aufs Land geschickt. Da die Wagen und das Benzin knapp waren, fuhren immer mehrere über das Wochenende und sprachen oft zwei- und dreimal hintereinander. Ich selber war zweimal unterwegs. Das Wahlergebnis ist mit auf diese Arbeit der Genossen zurückzuführen.

Die Schulungsarbeit kommt nur langsam in Gang. Im Stadtteil Bornheim macht Stierle Schulungsabende für die Jungsozialisten. Am 2. und 3.2. haben wir einen Schulungskurs für junge Referenten. Über politische Grundbegriffe wird Stierle sprechen. Es folgen noch Referate über die politische Lage im In- und Ausland. Ich werde bei diesem Kurs eine Aussprache über unsere Aufgaben machen.

Die Partei hat, um zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Partei und den in der Kommunalverwaltung tätigen Genossen zu kommen, jetzt regelmäßige Aussprachen über die Arbeit und die Aufgaben der Stadt eingerichtet. Es sollen nur Fachleute reden. Diese Ein-

⁶² Konnte nicht ermittelt werden.

⁶³ Vgl. hierzu oben S. 395

richtung verspricht gut zu werden. Sie kann auch unsere Arbeit im Bürgerrat noch sehr verbessern.

Von der Konferenz mit Schumacher hier in Frankfurt⁶⁴ hast Du sicher schon Bericht bekommen. Die Formulierungen der Schumacherschen Resolution finde ich den Russen gegenüber etwas zu scharf. Andere meinen es auch. Die auf dieser Konferenz von Venedey vertretene Auffassung, unbedingt zu einer Vereinigung mit der KP zu kommen, ist sicher nicht nur die Haltung Venedeys. Auch in den Distrikten und in den Betrieben hört man immer wieder die Klagen der Genossen, daß sie nicht gegen die Einheitspropaganda der KP ankommen. Auf viele Arbeiter wirkt diese Propaganda. Sie nehmen sie für bare Münze und glauben, daß sich die Kommunisten wirklich geändert haben. Auch in der SP stehen noch viele für die Einheitspartei, und ich glaube, es bildet sich langsam doch eine Venedey-Richtung heraus, Knothe glaubt zwar nach dem Wahlergebnis, sehr schnell mit dieser Richtung fertig zu werden.

Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten wird immer schlechter. Die Kommunisten möchten sich nach dem für sie so schlechten Wahlergebnis, mit dem sie rechnen mußten, auf alle Fälle durchsetzen. Sie versuchen es auch mit allen Mitteln. Bei den Amerikanern gelingt es oft, indem man ihnen sehr gefällig ist, und auch damit, indem man vorsichtig abgefaßte Berichte gegen die Leute der SP liefert. Oder indem man jede Kleinigkeit, die man gegen SP-Genossen findet, in der Zeitung ausschlachtet.

Auch bei der SP gibt es Entgleisungen. So hat z.B. ein Bürgermeister in einer Bürgermeisterversammlung eines Kreises in Hessen gesagt etwa so: Stalin ist ebenso ein Verbrecher wie Hitler. Das kam den Behörden zu Ohren, und der Mann mußte nach Frankfurt kommen, um sich bei dem russischen Kommissar zu entschuldigen.

Der Einheitsausschuß zwischen SP und KP tagt schon seit einigen Monaten nicht mehr. Darüber ärgern sich die Kommunisten. Sie möchten gar zu gern ihre Einheitsanträge loswerden.

Über die Arbeit der SP möchte ich noch hinzufügen, daß eine ganze Reihe der Genossen mit der Art, wie die Arbeit gemacht wird, unzufrieden sind. Vieles wird von oben her gemacht, ohne daß die Distrikte die Möglichkeit gehabt haben, die Sache zu diskutieren. Man spürt dabei besonders eine Opposition gegen Knothe, von dem mancher den Eindruck hat, er redet nur und tut wenig. Nun besteht seine Arbeit gerade jetzt im Reden. Er hat sicher während der vergangenen Wochen in den meisten Versammlungen geredet.

Vergangene Woche haben mich Major Rutz und Mr. Brown von der AFL besucht. Wir haben uns einen ganzen Abend über die Gewerkschaften und anderes unterhalten. Ich fand sie ziemlich ratlos, wie sie wirklich helfen könnten. Rutz war sehr erstaunt über die politische Aktivität der deutschen Bevölkerung bei den Wahlen. Nach seinen Berichten war nur sehr wenig vorhanden.

Ich schicke Dir einen Brief von Ludwig Koch und einen Stoß Zeitungen. ⁶⁵ Ist es Dir recht, wenn ich die Zeitungen jetzt nach Köln schicke, oder sollen sie an London gehen? Um nicht auf die Post allein angewiesen zu sein, bitte doch Heini, einen zuverlässigen Eisenbahner zu suchen, an den Post auf dem Dienstweg geschickt werden kann. An mich könnt Ihr an mei-

Gemeint ist die Konferenz mit SPD-Funktionären der amerikanischen und französischen Besatzungszone in Frankfurt am 6.1.1946. Hier ließ Schumacher die Resolution "Die Einheit der Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie" verabschieden, die besagte, daß Bestimmungen der SPD in der SBZ und Berlin über die Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei nicht für die Westzonen gelten sollte. Vgl. hierzu Albrecht, Schumacher, S. 104. Für einen Abdruck der Resolution vgl. ebda., S. 327-329.

⁶⁵ Konnte nicht ermittelt werden.

nen Bruder Max Beyer, Reichsbahn-Fernmeldemeisterei Frankfurt (M), Lageraufseher Anw., schicken.

Dies für heute mit vielen Grüßen auch an die Freunde

Deine Anna

Anna Beyer aus Frankfurt an Willi Eichler, o.D., vermutlich 3.3.1946⁶⁶

NL Eichler, ISK KorrA-Bl maschinenschriftlich

Lieber Willi,

vielen herzlichen Dank für Deinen Geburtstagsbrief vom 3.2. und Deinen Brief vom 10.2.⁶⁷ Ich hoffe sehr, Du hast Dich jetzt ein wenig besser einrichten können. Sehr gern würde ich dabei helfen. Von der Kücheneinrichtung für Dich habe ich hier gehört. Meyer will versuchen, eine Transportmöglichkeit zu finden. Ob etwas daraus wird, muß man abwarten. Sobald ich etwas Bestimmtes weiß, werde ich Dich benachrichtigen.

In meinem letzten Brief bat ich Dich um die Adresse eines Kölner Genossen, an der mir sehr viel liegt. Ließe es sich einrichten, daß ich sie schnell bekomme? Es wäre dann so manches schneller und leichter zu erledigen.

Hanna [Bertholet] erzählte mir von Deinem Vorschlag, daß Fritz Schmalz evtl. hierher kommen sollte. Ich fände das sehr schön. Könntest Du mir bei Gelegenheit schon sagen, was er tun möchte? Welche Gewerkschaft für ihn in Frage käme? Oder könnte und möchte er ein Sachgebiet bearbeiten? Ich habe bis jetzt noch nicht mit den einzelnen Gewerkschaftern gesprochen. Nach Lage der Dinge, wie ich sie sehe, können wir hier noch sehr gut aktive Gewerkschafter gebrauchen. Für den Genossen aus L. etwas zu finden, scheint mir schwieriger zu sein. Leute für Archive und Bibliotheken werden noch nicht gesucht. Aber ich werde mich noch umhören, vielleicht läßt sich noch etwas finden.

Den Plan für Ostern finde ich gut. Ich bleibe bei meinem alten Vorschlag, eine Bilanz der Arbeit während der vergangenen Jahre zu machen. Als nächstes fände ich eine Unterhaltung über die Frage: Welches sind die dringlichsten Aufgaben heute, für wichtig. Wenn noch Zeit bleibt, interessiert mich eine Unterhaltung darüber, wie Deutschland in Zukunft in die Politik der Völker eingereiht werden wird.

Mitte der Woche hatten wir eine Konferenz mit Schumacher⁶⁸. Es waren die Vertreter aus der amerikanisch besetzten und auch einige von der französisch besetzten Zone gekommen. Bei dieser Gelegenheit begrüßte ich auch Erich Ollenhauer und Fritz Heine. Sie haben sich

⁶⁶ Zur Datierung auf den 3.3.1946 vgl. den Brief Willi Eichlers an Anna Beyer vom 14.3.1946, NL Eichler ISK-Korr/A-Bl.

⁶⁷ Konnte nicht ermittelt werden.

Gemeint ist die Konferenz von Vertretern der amerikanischen und französischen Besatzungszone am 26./ 27.2.1946 in Offenbach. Kurt Schumacher faßte hier die Eindrücke seiner Berliner Reise (19.-24.2.1946) zusammen. (Zur Berliner Reise vgl. Albrecht, Schumacher, S.105f.) Hier bestätigte sich seine Auffassung, daß nach der 60er-Konferenz am 20./21.12.1945 zwischen SPD- und KPD-Vertretern (vgl. hierzu Moraw, Parole der Einheit, S.138-142 sowie Klotzbach, Staatspartei, S.75f.) ein gemeinsames Vorgehen mit dem Berliner Zentralausschuß nicht mehr möglich sei.

offenbar schon sehr in die Arbeit gestürzt. Schumacher gab einen Bericht über seinen Besuch in Berlin. Im Grunde sagte er nicht viel Neues. Es bleibt durch die Haltung von Grotewohl nichts anders übrig, als daß die Einheitspartei gegründet wird. Dahrendorf war dafür, die Partei aufzulösen. Sein Vorschlag wurde auch in einer Sitzung mit neun gegen vier Stimmen angenommen. Grotewohl hat es aber verstanden, nach der Sitzung einige Genossen wieder für das Fortbestehen der Partei zu bereden, so daß es nicht zur Auflösung kam. Dahrendorf hat sich daraufhin in das englisch besetzte Gebiet von Berlin begeben. - Die in Offenbach versammelten Delegierten sprachen sich alle bis auf einen für die Politik Schumachers aus, was auch in der beiliegenden Resolution zum Ausdruck kommt. ⁶⁹ Außerdem wurde noch ein Antrag von Stuttgart ⁷⁰ eingebracht, der besagt, daß sich jeder, der zur Einigungskonferenz nach Berlin geht, aus der Partei ausschließt. Die versammelten Funktionäre waren sich über den Ernst der Lage und den bevorstehenden Nervenkrieg durchaus im klaren.

Wie sich die Arbeiter in Zukunft verhalten, muß man abwarten. Nach meinen Beobachtungen ist unter den einfachen Menschen der Wunsch nach einer Einigung sehr groß. Sie glauben, daß dadurch die Fehler der Vergangenheit vermieden werden könnten und daß man wirklich zu einer positiven Arbeit kommen könne. Ob man sie noch davon überzeugen kann, wo eine Einigung letzten Endes hinführt, scheint mir fraglich. Man hört öfter Arbeiter erklären, sie organisieren sich erst, wenn die Einheitspartei entstanden ist.

Das Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Partei, "Die Volksstimme"⁷¹, soll jetzt jede Woche einmal erscheinen. Leider ist das sehr wenig.

Mir selber geht es recht gut. Ich soll jetzt an der "Volksstimme" mitarbeiten. Später einmal mehr darüber.

Für die Herausgabe der Zeitung⁷² wünsche ich Dir sehr, sehr viel Erfolg.

Alles Gute und sehr herzliche Grüße

Deine Anna

Darf ich mich auch zu den Abonnenten der Zeitung zählen? Gut wäre es, wenn ich einige Exemplare haben könnte. Interessieren Dich noch die Zeitungen vom Süden, oder bekommst Du sie jetzt in die Redaktion geschickt?

Gruß Anna

Viele herzliche Grüße auch an die anderen Freunde.

⁶⁹ Bei nur einer Gegenstimme wurde die Selbständigkeit der SPD vertreten und die Bildung der SED als Versuch verurteilt, die KPD unter anderem Namen fortzuführen. Gleichzeitig wurde ein Antrag angenommen, wonach alle, die den Vereinigungsparteitag in Berlin (21./22.4.1946) besuchten, aus der Partei ausgeschlossen würden. Vgl. hierzu Sittig, Freiheit u. Mühlhausen, Hessen, S.86. Für eine Abdruck der Resolution vgl. SPD-Volksstimme vom 6.3.1946.

Gemeint ist ein Antrag der Stuttgarter SPD auf der Konferenz am 26./27.2.1946 in Offenbach. Angesichts des engen Verhältnisses zwischen Schumacher und der Stuttgarter Parteiorganisation ist nicht auszuschließen, daß die Stuttgarter von Schumacher bestärkt wurden, den Antrag einzubringen, zumal der Antrag die Schumachersche Linie voll und ganz widerspiegelte. Schriftliche Auskunft von Willy Albrecht vom 30.8.1991.

⁷¹ Gemeint ist die "Volksstimme, Mitteilungsblatt der SPD Groß-Hessen", die seit 1946 erschien.

⁷² Gemeint ist die Rheinische Zeitung in Köln.

Anna Beyer aus Frankfurt an Willi Eichler, 27.3.1946

NL Eichler, ISK Korr A-Bl maschinenschriftlich

Lieber Willi.

vielen schönen Dank für Deine Briefe. Wenn René [Bertholet] bei seiner nächsten Tour nicht sehr lange unterwegs bleibt, komme ich einmal mit, Dich zu besuchen. Der Waggon mit der Küche sollte inzwischen bei Euch angekommen sein.

Da René den Brief mitnehmen wird, kann ich etwas mehr schreiben. Deine Zeitung⁷³ dort gefällt mir sehr. Ich werde sie abonnieren und hoffe sehr, sie zu bekommen.

Das Entlassungsgesuch von Heinrich Bell⁷⁴ ist nicht so leicht unterzubringen. Die Gesuche, die wir hier vom Parteibüro zur Militärregierung geschickt haben, sind wieder zurückgekommen. Rutz ist nicht mehr in Frankfurt. Er soll in Stuttgart sein. Ich werde versuchen, seine Adresse zu bekommen, um ihm die Anträge zu schicken.

An Fritz Schmalz werde ich schreiben, um seine Meinung zu hören. Nicht nur für die Gewerkschaften, auch für die politische Arbeit brauchen wir dringend gute Leute. Nicht nur in Frankfurt, auch anderswo. Kassel z.B. sucht einen tüchtigen Sekretär. Die Alten sind fast alle in Amt und Würden, und die Jüngeren sind nicht da.

Von einem Deiner vorherigen Briefe habe ich noch immer die Frage nach Stierle zu beantworten.⁷⁵ So viel ich weiß, haben wir, als Du hier warst, schon einmal darüber gesprochen. Du wirst Dich erinnern, wenn ich Dir folgende Tatsachen erzähle.

Kurze Zeit nachdem Stierle aus dem KZ kam, wurde er von der Gestapo geladen. Er ging in ziemlicher Unruhe hin, wußte aber nicht, was sie von ihm wollte. Die Gestapo fragte ihn kurz, ob er für sie arbeiten wolle. Wenn er nicht annehmen würde, käme er sofort ins KZ zurück. Stierle hatte nicht viel Zeit zum Überlegen. Hielt es in dieser Situation für das beste zuzusagen, um überhaupt wieder von der Gestapo wegzukommen. Die Gestapo hatte ihn daraufhin beauftragt, Berichte über die Stimmung der in seinem Laden verkehrenden Leute zu machen. Er hat dann auch verschiedene Berichte über die Stimmung auf dem Markt, auf dem er sein Gemüse und Obst einkaufte usw. gemacht. Jedoch hätte er niemals Namen oder nähere Beschreibungen über Personen gegeben. Nach mehreren Besprechungen mit dem ihm zugewiesenen Gestapobeamten, der nie zufrieden mit seinen Berichten war, bekam er den Auftrag, einige Leute in der Markthalle zu bespitzeln, die gemeckert hatten. Stierle sagte mir, er habe einen Bericht hinausgezögert und zum Schluß gesagt, er könne nichts aussagen. Dabei hat er sich mit einer Ausflucht herausgeredet. Später hat man ihn in Ruhe gelassen.

Als nun die Amerikaner kamen, fand man bei der Gestapo seinen Namen in der Agentenkartei, und zwar durchgestrichen. Trotzdem steht er bei den Amerikanern in einem schlechten Licht. Man hat Knothe offenbar bedeutet, ihn nicht herauszustellen. Trotzdem arbeitet

⁷³ Gemeint ist die Rheinische Zeitung in Köln.

Willi Eichler hatte in diesem Zusammenhang an Anna Beyer am 14.3.1946 (NL Eichler, ISK-Korr/A-Bl) geschrieben: "Ich lege Dir hier ein Gesuch um die Entlassung eines Kriegsgefangenen, Heinrich Bell, bei, der sich in München in Kriegsgefangenschaft befindet. Vielleicht kannst Du Major Rutz erreichen, daß er sich des Falles annimmt. Falls er selbst gar nichts unternehmen kann, kann er vielleicht herausbekommen, an wen wir uns damit wenden können."

Gemeint ist der Brief Willi Eichlers an Anna Beyer vom 2.3.1946 (NL Eichler, ISK-Korr/A-BI): Eichler hatte in diesem Brief angefragt: "Was ist mit Stierle? Ich habe inzwischen gehört, daß man ihm Schwierigkeiten macht wegen angeblicher Beziehungen zur früheren politischen Polizei. Bitte schreibe mir möglichst ausführlich, worum es sich dabei handelt."

Stierle recht gut. Er ist Distriktleiter in einem Frankfurter Stadtteil. Wird gern als Redner geholt, macht Arbeitsgemeinschaften und Diskussionen. Vor einigen Tagen habe ich mit ihm gesprochen. Er ist in ziemlichem Druck wegen der Einheitspartei und überlegt, ob nicht doch in einer Einheitspartei die Führung von uns erobert werden könnte. All meine Einwände haben ihn bedenklich gemacht. Ich glaube nicht, daß er sich ernstlich überlegt, mit der KP Einheit zu machen.

Dies für heute. René wird Dir einiges mehr über die Verhältnisse erzählen. Ein Zonenpaß ist für mich beantragt. Sobald ich ihn bekomme, fahre ich mit René, Dich zu besuchen.

Bis dahin sehr herzliche Grüße von Deiner Anna

Lieber Willi⁷⁶.

René hat den Brief hier liegen lassen. Ich gebe ihn nun Kurt D. mit. Bis gestern hatte ich noch keine Ahnung von ihm. Hans D. hat ihm meine Adresse gegeben, ohne mir davon Bescheid zu sagen. Da sein Gefangenenlager hier in der Nähe war, kam er hierher, um seine Weiterreise vorzubereiten.

Lieber Willi, wir versuchen jetzt, das Mitteilungsblatt "Volksstimme"⁷⁷ ohne Etzkorn zu machen. Er hat sich als absolut unzuverlässig erwiesen. Ich will versuchen, es irgendwie zu schaffen. Dafür wäre ich dankbar, wenn Du mir die "Rheinische Zeitung" besorgen könntest. Wir finden darin immer Material, das wir gebrauchen können. Auch die Nr. 9 gefällt mir sehr gut.

Sehr gern würde ich mich bald über diese Dinge mit Dir unterhalten.

Bis dahin bleibe ich mit sehr herzlichen Grüßen

Deine Anna

Meine Mutschka läßt sehr schön für die Karte danken und grüßen. Ebenso Vater, Max und Else.

Anna Beyer aus Frankfurt an Willi Eichler, 9.4.1946

NL Eichler ISK-Korr/A-Bl maschinenschriftlich

Lieber Willi,

ich will die gute Gelegenheit nutzen und Dir schnell noch ein paar Zeilen schreiben. Einen Brief von Dir erwarte ich schon seit einigen Tagen, doch es dauert eben seine Zeit. Am Samstag vor Ostern hier wegzukommen, macht etwas Ungelegenheiten. Wir haben hier an diesem Samstag einen Kreisparteitag und am Abend eine Delegiertenkonferenz, auf der die Delegierten für den Parteitag in Hannover festgelegt werden sollen, ebenso die Delegierten für die Stadtverordnetenversammlung. Für beide bin ich vorgeschlagen. Wenn ich da nicht zur Wahl erscheine, wird es sicher Geschimpfe geben. Trotzdem will ich versuchen, mich frei zu machen. Ich halte es für sehr wichtig, daß wir uns einmal unterhalten und möchte schon deshalb sehr gerne kommen.

⁷⁷ Vgl. hierzu oben S. 403

⁷⁶ Beim folgenden handelt es sich um einen undatierten handschriftlichen Zusatz auf einem neuem Blatt.

Hast Du den Brief durch K. D. erhalten? Heute schicke ich Dir einen Brief von Max Mayr mit, wie steht es denn mit einer Bahnadresse? So wie es heute ist, bleibt es ein unmöglicher Zustand. René [Bertholet] wird Dir erzählen.

Für unser Mitteilungsblatt hatten wir den Artikel "Buchenwald wieder eröffnet" aus der Rheinischen Zeitung genommen. Die Censur hier hat uns nicht erlaubt, ihn zu drucken. Im übrigen fragen uns viele Freunde nach einem Abonnement. Ist es denn nicht möglich, wenigstens einige zu besorgen?

Alles andere mündlich.

Sehr herzliche Grüße Deine Anna

Anna Beyer aus Frankfurt, 12.6.1946

Nl Eichler, ISK Korr A-Bl maschinenschriftlich

Bericht Frankfurt a.M.

In den vergangenen Wochen findet man hie und da Ansätze einer gesteigerten Produktion. Durch die Knappheit an Material und den Riesenbedarf kommen nur wenige von den produzierten Sachen auf den öffentlichen Markt. Viele der produzierten Dinge sind solche, die in Kleinbetrieben handwerksmäßig hergestellt werden können. Es sind dies allerlei kunstgewerbliche Dinge, einfache Haushaltungsgegenstände usw. Aber man bekommt heute auch schon wieder Heizplatten, Kochtöpfe zu kaufen. Viele Geschäftsleute geben sich große Mühe, ihre Läden wieder in Ordnung zu bringen, so daß sie ansprechend sind, daß jeder sehen kann, der Mann hat Geschmack und möchte etwas verkaufen. Zeitschriften und Bücher sind immer noch sehr knapp und viel gefragt. Einige amerikanische oder englische Bücher in deutscher Übersetzung, die herauskamen, waren sofort vergriffen.

Die Arbeit der Gewerkschaft beschränkt sich im wesentlichen immer noch auf Organisationsarbeit. Wie ich von Kronberger hörte, sind sie eben gerade dabei, die Landesgewerkschaft aufzubauen. Als Landesssekretär war Hans Jahn vorgeschlagen. Er wurde aber von den bayrischen und baden-württembergischen Gewerkschaften abgelehnt. Schiefer und Schleicher haben eine große Abneigung gegen Emigranten. Schleicher, Stuttgart, hat es z.B. Jahn sehr übelgenommen, daß er in Uniform zu ihm gekommen ist. Von Brown hörte ich, daß die Gewerkschaftszeitung⁷⁸ genehmigt sei. Bis jetzt ist sie aber noch nicht erschienen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich bemerken, daß sich Kronberger immer sehr beschwert, daß er die Rheinische Zeitung nicht bekommt.

Die Gewerkschaften in Frankfurt haben begonnen, eine Jugendarbeit aufzubauen. Bis jetzt haben sie aber noch nicht die richtigen Leute dazu. Sie wollen Schulungs- und Betriebsarbeit machen.

⁷⁸ Seit 1946 erschienen in Hessen: die "Stimme der Arbeit". Organ des FGB Hessen sowie die "Gewerkschaftszeitung. Organ der Gewerkschaften Rheinland-Hessen-Nassau".

Der Wahlkampf für die Stadtverordnetenversammlung wurde mit Schwung und auch mit einer Reihe von guten Plakaten und Flugzetteln geführt. Die Aufstellung der Mandate nimmt, wenn wirklich alle Vorschläge berücksichtigt werden sollen, sehr viel Zeit in Anspruch. Wir haben das jetzt auch wieder bei der Aufstellung der Kandidaten für die verfassungsberatende Landesversammlung gesehen. Jeder Distrikt kann Vorschläge machen, aber nicht jeder Vorschlag des Distrikts kann angenommen werden, da man die Stadtverordneten nicht nur nach den Wünschen der Distrikte aussuchen kann. Bei der Stadtverordnetenliste stehe ich an dritter Stelle. Als nun die Kandidaten für die verfassungsgebende⁷⁹ Landesversammlung aufgestellt wurden, sollte ich auch dafür kandidieren. Da [man/ich] aber nur an einer Stelle eine ordentliche Arbeit leisten kann, kam es in der Vorstandssitzung und auch in der Distriktsleitersitzung zu einer Diskussion. Ich habe dann für die Landesversammlung abgelehnt, obwohl einige Genossen meinten, es sei besser gewesen, ich sei in die Landesversammlung gekommen, und zwar aus politischen Gründen.

Durch die Mehrheit, die wir hier in Frankfurt für die Stadtverordnetenversammlung bekommen haben, die KP und LDP haben überhaupt keinen Sitz bekommen, stellt sich die Frage, wieweit sollen wir jetzt die Verantwortung übernehmen. Die Ansichten der Genossen darüber waren sehr geteilt. Eine Reihe, darunter die, die ich die Geschäftsleute der Politik nennen möchte, warnten davor, zu viel Verantwortung zu übernehmen. Sie meinten, unter den heutigen Umständen könnten wir doch nicht viel erreichen. Eine gewisse Zurückhaltung sei angebracht. Nach langen Diskussionen im Vorstand setzte sich die Meinung durch, den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und die Personalabteilung zu verlangen und außerdem noch einige andere wichtige Posten in der Stadtverwaltung. Trotzdem soll darauf gesehen werden, daß auch alle anderen Parteien, selbst wenn sie nicht in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, mit an der Arbeit beteiligt werden.

Durch die Wahlen ist das politische Leben innerhalb der Parteidistrikte etwas lebhafter geworden. Doch fehlt es immer noch an einer konzentrierten Funktionärschulung. Unter diesem Mangel leidet auch noch immer die Jugendarbeit. Ich unterhielt mich vor einiger Zeit mit einer Genossin aus Amerika, die dort Gewerkschaftsfunktionärschulung gemacht hat, darüber. Wir sind uns einig darüber, daß unbedingt etwas zur Abhilfe geschehen muß. Sie kennt hier eine ganze Gruppe von amerikanischen Genossen, die bereit sind, mit Geld und auch sonst nach Möglichkeit zu helfen.

Um die Arbeit der Kommunisten ist es etwas stiller geworden. Man fragt sich schon, was brüten sie nun aus? Vor der Wahl haben sie große Anstrengungen gemacht, da sie schon vermuteten, daß sie die 15% für die Stadtverordnetenwahl nicht bekommen könnten. Das Wahlergebnis hat viele enttäuscht, und mancher fragt sich, ob es einen Sinn hat, noch weiter in der KP zu bleiben. Durch das Wahlergebnis ist es auch mit der Einheitspartei vorbei. Es ist hier noch zu keiner Gründung der SEP gekommen. Die KP ist gut organisiert, ganz besonders gut funktioniert ihr Personalvermittlungsbüro. Wo sie eine offene Stelle wissen und nur etwas Einfluß haben, schieben sie ihre Leute hinein.

Von der Rundschau hörte ich, daß der schwarzrote Gerst geäußert haben soll, der KP-Mann Carlebach, ein sehr ungeschliffener Vertreter der SEP, müsse aus der Rundschau ausscheiden, da sonst die Parität nicht gewahrt sei.

Frankfurt a.M., den 12. Juni 1946

⁸⁰ Vgl. hierzu Mühlhausen, Hessen, S. 141 ff.,

⁷⁹ Gemeint ist die beratende(!) Landesversammlung. Vgl. Mühlhausen, Hessen, S. 231.

Lieber Willi,

Bögler und eine Genossin aus Speyer sind gekommen. So war es mit dem Schreiben wieder einmal vorbei. Trotzdem der Bericht nicht fertig geworden ist, schicke ich ihn Dir mit der guten Absicht, ihn fortzusetzen.

Mit sehr herzlichen Grüßen Deine Anna